

Medialisierung der Wissenschaft

Die öffentliche Kommunikation der Max-Planck-Gesellschaft und der Fall Starnberg (1969–1981)

von Ariane Leendertz*

Abstract: The article examines the Max Planck Society's (MPG) public communication regarding its Starnberg Institute (C. F. von Weizsäcker, J. Habermas), which was closed in 1981 following a long public debate in the media. It analyzes the MPG's interaction with the media and the impact the media's coverage had on the institute and the MPG. The integration, beginning in 1971, of the new MPG press office into Germany's largest research organization aimed to professionalize the MPG's public relations and contact with the media; it proved, however, to be a slow and difficult process. The author sheds light on phenomena not yet examined by historians: changes in organisational structures, procedures, and relationships between key players in the realm of public communication about academia in West Germany in the 1970s.

Wissenschaft und Forschung wurden im öffentlichen und politischen Raum in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren sichtbarer und umstrittener als zuvor. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen expandierten, die Massenuniversität entstand, und die Studentenproteste und Unruhen um „1968“ rückten die Universitäten in das Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit. Zugleich erfuhr die „Verwissenschaftlichung der Politik“ einen rasanten Schub. Neben Politikern und Parteien suchten gesellschaftliche Bewegungen, Verbände, Gewerkschaften, wirtschaftliche Interessengruppen und viele mehr politische Forderungen mit wissenschaftlichen Studien zu untermauern. Forschungsergebnisse, wissenschaftliche Theorien und Positionen wurden dadurch zunehmend außerhalb der Fachöffentlichkeit und in den Massenmedien diskutiert und dezidiert politisch bewertet und verortet. Die Massenmedien gewannen als Vermittlungsinstanz zwischen Wissenschaft und Politik sowie zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit an Bedeutung. Wissenschaftsgeschichtsschreibung und Wissenschaftssoziologie betrachten das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts in dieser Hinsicht als Umbruchphase.¹

* Dieses Vorhaben wurde durch die Förderung der Gerda Henkel Stiftung ermöglicht. Ebenso danke ich Paul Nolte und den Gutachtern von *Geschichte und Gesellschaft* für ihre intensive Lektüre und pointierte Kritik des Manuskripts.

1 Vgl. Ulrike Felt u. a., *Wissenschaftsforschung. Eine Einführung*, Frankfurt 1995; Peter Weingart, *Wissenschaftssoziologie*, Bielefeld 2003; Sybilla Nikolow u. Arne Schirrmacher, *Das Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit als Beziehungsgeschichte*.

Wissenschaftliche Einrichtungen reagierten auf die wachsende Bedeutung der Massenmedien, indem sie begannen, hauptamtliche Pressereferenten zu beschäftigen und ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu systematisieren.² Gleichzeitig wirkten die Darstellungen in den Medien, ihre Kommunikationsregeln und Interessen auf die Wissenschaft zurück, was seit einigen Jahren als „Medialisierung der Wissenschaft“ bezeichnet wird.³ Als Indikatoren für die Medialisierung eines wissenschaftlichen Feldes gelten beispielsweise professionelle Medien- und Marketingstrategien, Pressekonferenzen als gezielt für die Medien konzipierte Veranstaltungen, Vorpublikationen in den Massenmedien vor der Veröffentlichung in wissenschaftlichen Fachorganen, sogenannte in den Medien weithin sichtbare *visible scientists* sowie eine Verflechtung wissenschaftlicher mit politischen und medialen Debatten.⁴

Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (MPIL) in Starnberg ist in mehrfacher Hinsicht ein besonders geeigneter Forschungsgegenstand, um einige Facetten der Medialisierung der Wissenschaft in der Bundesrepublik der 1970er und frühen 1980er Jahre zu analysieren. 1967 noch in der Zeit der Fortschritts- und Wachstumseuphorie sowie des Booms verwissenschaftlichter Politik geplant, wurde das Institut 1970 auf Vorschlag des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker gegründet. Gemäß dem sogenannten Harnack-Prinzip war das Institut auf Weizsäcker und dessen individuelle Forschungsinteressen zugeschnitten. Auf seinen Vorschlag berief die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) 1971 Jürgen Habermas als zweiten Direktor. Das Starnberger Institut war bald eine der bekanntesten außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik, öffentlich präsent, von der Presse begleitet und ebenso leidenschaftlich geschmäht wie gepriesen. Seine beiden Direktoren waren national wie international gefragte Wissenschaftler und *public*

Historiographische und systematische Perspektiven, in: dies. (Hg.), *Wissenschaft und Öffentlichkeit als Ressourcen füreinander. Studien zur Wissenschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Frankfurt 2007, S. 11 – 36.

- 2 Matthias Kohring, *Wissenschaftsjournalismus. Forschungsüberblick und Theorieentwurf*, Konstanz 2005, bes. S. 36–43; Wolf Gunter Brüggemann, *Wissenschaft und Gesellschaft*, in: *Die Feder* 22. 1973, S. 22–25.
- 3 Bes. Peter Weingart, *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Medien und Wirtschaft in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist 2005, S. 232–283; Hans Peter Peters u. a., *Medialisierung der Wissenschaft als Voraussetzung ihrer Legitimierung und politischen Relevanz*, in: Renate Mayntz u. a. (Hg.), *Wissensproduktion und Wissenstransfer. Wissen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit*, Bielefeld 2008, S. 269–292; ders., *Scientific Sources and the Mass Media. Forms and Consequences of Medialization*, in: Martina Franzen u. a. (Hg.), *The Sciences' Media Connection. Public Communication and Its Repercussions*, Dordrecht 2012, S. 217–239.
- 4 Simone Rödder, *Reassessing the Concept of Medialization of Science. A Story from the „Book of Life“*, in: *Public Understanding of Science* 18. 2009, S. 452–463.

intellectuals, die die öffentlichen Debatten der Zeit mitprägten. 1980 jedoch schloss die Max-Planck-Gesellschaft nach langen und erregten Diskussionen mit der Emeritierung Weizsäckers dessen Arbeitsbereich und benannte das Institut um in „Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften“. Ein neuer Start misslang; im April 1981 trat Jürgen Habermas als Direktor zurück und das Institut wurde wenig später aufgelöst.

Kennzeichnend für die Diskussionen über die Zukunft des Instituts war ein Prozess der Politisierung und Polarisierung. Hierbei kam der Presse eine zentrale, ja sogar die Rolle eines wissenschaftspolitischen Akteurs zu, die bislang jedoch nicht genauer aufgeschlüsselt worden ist. An dieser Stelle sollen deshalb nun die Starnberg-Berichterstattung, ihre Rückwirkungen auf das Institut und die MPG sowie deren Interaktion mit den Medien untersucht werden.⁵ Erstens wird dieser Aufsatz Deutungsmuster und Narrative herausarbeiten, die die mediale Sicht auf das Institut und seine Wissenschaft strukturierten.⁶ Dabei wird sich zeigen, dass schon in der Frühphase, zwischen 1969 und 1971, etablierte Images und Zuschreibungen in der Presse nicht nur das Bild des Instituts in der Öffentlichkeit prägten, sondern in das Institut und in die MPG zurückwirkten (Kapitel 1). Zweitens werden am Gegenstand der öffentlichen Kommunikation der MPG strukturelle Rückwirkungen der Medialisierung auf die Organisationsroutinen und die interne Selbstverständigung einer Forschungseinrichtung analysiert, die den koordinierten Umgang mit den Medien erst erlernen musste. Mit dem Journalisten Robert Gerwin stellte die MPG im Oktober 1971 erstmals einen hauptamtlichen Pressereferenten ein, der für eine Professionalisierung der inneren und

5 Mit den zehrenden Debatten über die Zukunft des Instituts und den Umständen seiner Schließung habe ich mich bereits 2010 ausführlich befasst: Ariane Leendertz, *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*, Göttingen 2010. Die folgende Analyse konzentriert sich auf die regionale und überregionale Tages- und Wochenpresse und bezieht Rundfunk und Fernsehen punktuell ein. Als Grundlage dient vor allem die umfangreiche Pressedokumentation, die die MPG von einem externen Dokumentationsdienst erstellen ließ. Alle Erwähnungen des Starnberger Instituts sind erfasst im Archiv der MPG [im Folgenden AMPG], IX. Abt., Rep. 2, Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (MPIIL), Bd. 1 (1969–1973) bis 4 (1980–1981). Ergänzend wurden Bestände des Bundesministeriums für Forschung und Technologie sowie Artikel aus der *Zeit* und dem *Spiegel* hinzugezogen. Soweit ersichtlich, spielte die Berichterstattung in Fernsehen und Rundfunk punktuell eine wichtige Rolle, wie sich an Reaktionen in der MPG verfolgen lässt. Auf eine Auswertung der Sendungen musste indes verzichtet werden, da die Rundfunkarchive entweder nicht zugänglich sind oder dreistellige Beträge pro Mitschnitt pro Sendung verlangen.

6 Unter „Wissenschaft“ sind dabei nicht nur Themen und Inhalte zu verstehen, sondern ebenso Institutionen und ihre Repräsentanten sowie die einzelnen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

äußeren Kommunikation sorgen und eine neue Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der MPG-Zentrale aufbauen sollte.⁷ Die Medienarbeit und die neue Pressestelle wurden erst allmählich in die Organisationsroutinen integriert, wie sich anhand der Rolle der Pressestelle in der Endphase des Starnberger Instituts zeigen lässt. Kennzeichnend für diese Endphase zwischen 1978 und 1981 war, dass interne Vorgänge wie Personal- und Strukturentscheidungen der Max-Planck-Gesellschaft an die Öffentlichkeit gelangten und dort kommentiert und bewertet wurden, was wiederum Rückwirkungen auf die internen Diskussionen der MPG hatte und eine zunehmende Sensibilisierung gegenüber medialen Effekten ihrer Formulierungen und Entscheidungen nach sich zog (Kapitel 2 und 3). In diesen Jahren verstärkten sich die vorangegangenen Tendenzen der Personalisierung, Polarisierung und Politisierung, und für diese Phase lassen sich auch eine Reihe struktureller und operationaler Medialisierungseffekte beobachten. Die Presse diskutierte monatelang über die mögliche Berufung Ralf Dahrendorfs, die 1978 publik wurde, bevor auch nur ein einziges MPG-Gremium sich damit beschäftigt hatte, sowie über die Schließung des Arbeitsbereiches von Carl Friedrich von Weizsäcker nach dessen Emeritierung. Die MPG versuchte interessanterweise nicht, die mediale Debatte von mit durchgängig politischem Einschlag geführten Personal- und Organisationsfragen auf wissenschaftliche Inhalte und Argumente zu lenken, sondern konzentrierte sich auf die Erörterung von Verfahrensregeln und Entscheidungsabläufen. Mithilfe von Niklas Luhmanns Überlegungen über die Mechanismen bürokratischen Organisationshandelns deute ich dies als einen Akt der Selbstvergewisserung und des Autonomieerhalts gegenüber dem externen Einfluss der Medien als damals neuen wissenschaftspolitischen Akteur (Kapitel 4).

Die Untersuchung setzt somit bewusst nicht allein auf der Ebene wissenschaftlicher Inhalte, ihrer Vermittlung und medialen Darstellung oder „Popularisierung“ an, sondern trägt dem breiteren Spektrum der Wissenschaftsberichterstattung Rechnung, in dem Berichte über Inhalte nur einen Teil

7 Vgl. Zum Tod von Robert Gerwin, in: *MaxPlanckForschung* 2. 2004, S. 77. Eine schriftliche Überlieferung des Pressereferats liegt im Archiv der MPG in Berlin, ist aber nicht inventarisiert und der Forschung nicht zugänglich. Hier konnte auf einige zufällige Parallelüberlieferungen zurückgegriffen werden. Für weitere Informationen über die Anfänge des MPG-Pressereferats danke ich Eugen Hintsches, der zu den Gründungsmitgliedern zählte. Während die MPG-Pressestelle neben Gerwin drei gelehrte Journalisten als hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigte, hatten die Universitäten zu Beginn der 1970er Jahre laut einer Bestandsaufnahme des Presseverantwortlichen der Universität Bremen in der Regel nur einen einzigen Pressereferenten, teils in nebenamtlicher Funktion. Brüggemann, *Wissenschaft*, S. 22. Die Fraunhofer-Gesellschaft richtete erst drei Jahre nach der MPG ein Pressereferat ein. Helmuth Trischler u. Rüdiger vom Bruch, *Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft*, München 1999, S. 125.

bildeten.⁸ Damit unterscheidet sich der Akzent dieses Aufsatzes von den Schwerpunkten der jüngeren sozialwissenschaftlichen und historischen Wissenschaftsforschung zum Konnex Wissenschaft, Massenmedien und Öffentlichkeit.⁹ Von besonderem Interesse sind die Rückwirkungen und Reaktionen, die die Pressedarstellungen in der Generalverwaltung der MPG und im Institut hervorriefen. Ebenso gilt es dabei die Versuche der MPG und ihrer Pressestelle zu identifizieren, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und die Berichterstattung aktiv zu beeinflussen. Im Fokus steht somit eine institutionelle Ebene der Medialisierung von Wissenschaft, um die in der Forschung bislang kaum untersuchte Veränderung von Strukturen, Verfahrensweisen und operationalen Vorgaben sowie Akteurskonstellationen in der Wissenschaftskommunikation seit den 1970er Jahren in den Blick zu bekommen.¹⁰ Die Pressestelle verstehe ich dabei auch als ein Instrument, den Prozess der Medialisierung zu kontrollieren oder sogar selbst zu steuern und die mediale Darstellung zu einem gewissen Grad zu „verwissenschaftlichen“ in dem Sinne, dass wissenschaftliche Themen, Argumente, Denkweisen und Organisationsinteressen gewissermaßen in die Medien implantiert werden sollten. Eine abschließende These lautet, dass sich in den Aktivitäten der MPG-Pressestelle

8 1982 befassten sich die großen überregionalen und regionalen Tageszeitungen nach einer Erhebung von Hans Peter Peters mit folgenden Themen: 40 % der Wissenschaftsberichterstattung drehten sich um Leitungs-, Organisations- und Finanzfragen, Baumaßnahmen, Veranstaltungen und Informationen zu Forschungsprogrammen, 18 % um einzelne Personen, 10 % um gesellschaftliche Konsequenzen von Wissenschaft und 27 % um wissenschaftliche Inhalte. Hans Peter Peters, Entstehung, Verarbeitung und Verbreitung von Wissenschaftsnachrichten am Beispiel von 20 Forschungseinrichtungen, Jülich 1984, S. 78.

9 Diese fragt vor allem danach, welches Wissen und welche wissenschaftlichen Inhalte bevorzugt in die Öffentlichkeit kommuniziert werden, nach dem Unterschied zwischen wissenschaftlichem Wissen und dem Alltagswissen der breiteren Öffentlichkeit, eines Laienpublikums, danach, für welches Wissen sich Medien und Öffentlichkeit interessieren sowie nach den Bildern von Wissenschaftlern und Wissenschaft. Bevorzugt werden in den Massenmedien ausgetragene Kontroversen über naturwissenschaftliche und technologische Entwicklungen analysiert. Siehe bes. Massimiliano Bucchi, *Science in Society. An Introduction to Social Studies of Science*, London 2002; Mitchell G. Ash u. Christian H. Stifter (Hg.), *Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Von der Wiener Moderne bis zur Gegenwart*, Wien 2002; Nikolow u. Schirrmacher, *Wissenschaft und Öffentlichkeit als Ressourcen*; Bernhard Joerges u. Helga Nowotny (Hg.), *Social Studies of Science and Technology. Looking Back, Ahead*, Dordrecht 2003; Sheila Jasanoff u. a. (Hg.), *Handbook of Science and Technology Studies*, London 1995.

10 Das ist hinsichtlich der Medialisierung der Politik als Forschungsdesiderat formuliert worden, das mit Einschränkungen auch auf die Geschichte der Medialisierung der Wissenschaft zutrifft. Patrick Donges, *Medialisierung der Politik. Vorschlag einer Differenzierung*, in: Patrick Rössler u. Friedrich Krotz (Hg.), *Mythen der Mediengesellschaft. The Media Society and Its Myths*, Konstanz 2005, S. 321 – 339, hier S. 333.

zu Starnberg ein Lernprozess verfolgen lässt. Dieser war 1981 von Erfolg gekrönt, als es ihr gelang, die erste Phase der Berichterstattung über den Rücktritt von Jürgen Habermas zu prägen (Kapitel 5).

I. David gegen Goliath: Die Institutsgründung und die Macht medialer Deutungsmuster

Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg war neben dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin in den 1970er Jahren das einzige sozialwissenschaftliche Institut in der MPG. Seine Planung begann 1967 noch in der Zeit der Fortschritts- und Wachstumseuphorie sowie des Booms verwissenschaftlichter Politik. Basierend auf einem Vorschlag des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker, fanden die Debatten in der MPG über die Neugründung zwischen November 1967 und November 1968 statt. An deren Ende hatte Weizsäcker sein ursprüngliches Memorandum überarbeitet und in einigen wesentlichen Punkten modifiziert.¹¹ Das Institut sollte sich in der ersten Arbeitsphase mit einem Mitarbeiterstamm von etwa 15 Wissenschaftlern auf die Entwicklung grundsätzlicher Fragestellungen und Theorien konzentrieren und erst später konkretere Projektarbeiten durchführen, die genuin politische Probleme betrafen. Nachdem Weizsäcker zuerst von bis zu sechzig ständigen Wissenschaftlern ausgegangen war, verzichtete er in seinem überarbeiteten Memorandum auf Angaben zur Mitarbeiterzahl. Mit der Änderung seiner ursprünglichen Pläne gelang es Weizsäcker und seinen wichtigsten Unterstützern, MPG-Präsident Adolf Butenandt, Vizepräsident Werner Heisenberg und Generalsekretär Friedrich Schneider, im MPG-Senat die nötige Zweidrittelmehrheit zu sichern. Auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften betrat die MPG damals Neuland. Skepsis rief in der auf naturwissenschaftliche Grundlagenforschung spezialisierten MPG vor allem die ursprünglich beabsichtigte politikberatende Funktion des Instituts hervor, die Weizsäcker mit seinem Änderungsmemorandum aufgab. Am 30. November 1968 fand die entscheidende Abstimmung im Senat statt, der mit 17 Ja- und 5 Nein-Stimmen für die Gründung eines „Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-techni-

11 Hierzu ausführlicher Ariane Leendertz, Ein gescheitertes Experiment. Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Habermas und die Max-Planck-Gesellschaft, in: Klaus Hentschel u. Dieter Hoffmann (Hg.), Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik, Philosophie, Friedensforschung, Stuttgart 2014, S. 243–262, sowie Hubert Laitko, Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Gründungsintention und Gründungsprozess, in: Klaus Fischer u. a. (Hg.), Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft, Berlin 2011, S. 199–237.

schen Welt“ unter der Leitung Weizsäckers stimmte. Im Frühjahr 1970 nahm es seine Arbeit auf; 1971 kam Habermas auf Weizsäckers Vorschlag ans Institut, nachdem diesem zunächst kein geeigneter Kooperationspartner eingefallen war.¹²

Öffentliche Aufmerksamkeit und Präsenz waren für den Gründungsdirektor Weizsäcker Programm, denn sein Ziel war es, gesellschaftliche Debatten über die vom Atomkrieg und den gravierenden sozialen und ökologischen Folgen technischen und wissenschaftlichen Fortschritts bedrohte Menschheit anzustoßen und einen politischen Bewusstseinswandel einzuleiten. Weizsäcker kann als *visible scientist* par excellence bezeichnet werden, der seit den späten 1950er Jahren die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft annahmte und eine „kritische“, ihre eigenen Bedingungen und Folgen reflektierende Wissenschaft zugleich als wichtigsten Berater der Politik betrachtete.¹³ Dieser Perspektive entsprangen die explizit an politischen und sozialen Problemen ansetzenden Themenkomplexe, die Weizsäcker in Starnberg untersuchen wollte: atomare Bedrohung, Rüstungspolitik und Friedenssicherung im Kalten Krieg, Bevölkerungswachstum, Welternährung und Entwicklungshilfe, Umweltschutz und Infrastrukturentwicklung sowie die ambivalenten gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts.¹⁴ Weizsäckers Mitarbeiter untersuchten die Themenkomplexe Kriegsverhütung, Verteidigung und Strategie („Gruppe Strategieforschung“), Wissenschaftsforschung („Gruppe Wissenschaftsforschung“), Ökonomie der Entwicklungsländer, Umwelt und Wachstum („Gruppe Ökonomie“) sowie Grundlagen der Quantentheorie („Physikergruppe“) und allgemeine philosophische Fragen. Habermas und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befassten sich mit ökonomischen Krisentendenzen in spätkapitalistischen Gesellschaften, der Erzeugung und Verarbeitung von Krisen durch administrative Handlungssysteme, mit Konflikt- und Rückzugspotentialen unter Jugendlichen sowie mit sozialwissenschaftlichen Grundlagenproblemen.¹⁵ Das mediale Interesse, das

12 So Weizsäcker laut AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, Verwaltungsrat, 78. VP, 15.7.1968, Niederschrift über die 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrats der MPG am 15.7.1968, S. 2.

13 Siehe jetzt Elke Seefried, Die politische Verantwortung des Wissenschaftlers. Carl Friedrich von Weizsäcker, Politik und Öffentlichkeit im Kalten Krieg, in: GWU 65. 2014, S. 177 – 195.

14 AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, Senat, 61. SP/3, 30.11.1968, Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, 1.11.1967, S. 1.

15 Ausführlicher zu den Starnberger Forschungsarbeiten Peter Tietze, Fortschritt durch Krise. Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt 1970 – 1980, Magisterarbeit Universität Tübingen, 2009. Als wissenschaftliches Hauptwerk aus Habermas' Starnberger Zeit entstand die Theorie des kommunikativen Handelns.

das Institut auf sich zog, war von Weizsäcker ausdrücklich gewünscht. 1957 hatte er zu den Initiatoren der Göttinger Erklärung gehört, in der 18 Wissenschaftler öffentlich vor einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr warnten. Die Göttinger Erklärung wird vielfach als Ausgangspunkt für eine Neujustierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik seit den 1960er und 1970er Jahren betrachtet: Wissenschaftler suchten nun immer wieder die Öffentlichkeit und schalteten sich aktiv in politische Debatten ein.¹⁶

Die Medien berichteten erstmals im April 1969 über das Institut. Das Magazin *Der Spiegel* begrüßte die Absicht der MPG, sich mit einem neuen Institut auf dem Gebiet der „Zukunfts- und Friedensforschung“ zu engagieren.¹⁷ Auf diese damals populären Bezeichnungen hatte Weizsäcker wohlweislich verzichtet, da sie sogleich die Assoziation mit linksalternativem Aktivismus und wissenschaftlich nicht gesicherter Spekulation über die Zukunft hervorriefen.¹⁸ Gleichwohl charakterisierte *Der Spiegel* das Vorhaben Weizsäckers als eine „an der Friedensforschung orientierte Futurologie“; 15 Wissenschaftler sollten zunächst theoretische Fragen der Zukunftsforschung untersuchen und dann in einer zweiten Phase Projektforschungen wie beispielsweise über das Welternährungsproblem oder über „Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage“ durchführen. Dies könne allerdings nur geschehen, wenn Bund und Länder die Finanzierung mit einem Jahresetat von rund einer Million D-Mark bewilligten. *Der Spiegel* berief sich hier auf Weizsäckers Mitarbeiter an der Hamburger Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) in Hamburg, Horst Afheldt. Vermutlich bildete die noch offene Finanzierungsfrage den Anlass für den Artikel und den Gang zukünftiger Starnberger Mitarbeiter an die Öffentlichkeit, die zu jenem Zeitpunkt noch mit knappen finanziellen Mitteln der Volkswagenstiftung in Hamburg arbeiteten.¹⁹ Der Gründungsbeschluss des MPG-Senats lag bereits ein halbes Jahr zurück; der mit dem Beschluss verbundene Finanzierungsvorbehalt war noch nicht aufgehoben, da die Länder im zuständigen Verwaltungsausschuss des Bund-Länder-Abkommens zur Förderung von Wissenschaft und Forschung noch nicht zugestimmt hatten.²⁰

16 Siehe Arne Schirmmacher, Nach der Popularisierung. Zur Relation von Wissenschaft und Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert, in: GG 34. 2008, S. 73–95, hier S. 95; Ilona Stölken-Fitschen, Wissenschaftler im politischen Diskurs. Die Göttinger Erklärung 1957, eine Fallstudie, in: Stephan Albrecht u. a. (Hg.), Zur Verantwortung der Wissenschaft. Carl Friedrich von Weizsäcker zu Ehren, Münster 2008, S. 67–79.

17 O. A., Weiß der Teufel, in: *Der Spiegel*, 7. 4. 1969, S. 161 f.

18 Hierzu demnächst Elke Seefried, Zukünfte. Eine Geschichte der Zukunftsforschung 1945–1980, München [2014].

19 Ebd.

20 Vgl. AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, Verwaltungsrat, 82. VP/1, 7. 10. 1969, Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes der MPG am 11. 6. 1969, S. 1;

Im Juli 1969 meldete der *Münchener Merkur* den Wechsel Weizsäckers nach München, vermutlich nachdem der Senat der Stadt Hamburg bekanntgegeben hatte, Weizsäcker werde die Stadt zum Ende des Sommersemesters verlassen, um in München die Leitung „des von der Max-Planck-Gesellschaft geplanten Instituts für Zukunftsforschung“ zu übernehmen.²¹ Folgendes sei von diesem Institut zu erwarten: „Sicherlich einmal die Entwicklung eines Modells der Zukunft“ zur „Unterstützung jeglicher Planung“, Trend-Analysen, für die Zeit über das Jahr 2000 hinaus eine philosophische Prognostik und die Beschäftigung mit Fragen wie jener, wann das Benzinauto verschwinden und durch Elektromobile ersetzt werden würde.

Diese Beschreibung, die schlicht auf gängige populäre Fragen der Zukunftsforschung und Futurologie rekurrierte, ging derart weit am eigentlichen Vorhaben vorbei, dass die MPG-Zentrale offenbar intervenierte, denn fünf Tage später schob der *Münchener Merkur* einen korrigierenden Artikel nach, der im Wesentlichen auf einem Gespräch mit dem mehrfach wörtlich zitierten Leiter der Abteilung Institute der Generalverwaltung der MPG, Edmund Marsch, beruhte. Weder der Standort noch die Finanzierung seien bislang sicher; darüber hinaus werde es sich bei den geplanten wissenschaftlichen Forschungen „praktisch [...] nur um eine Konzentration und eine Erweiterung der bisherigen Arbeiten [Weizsäckers und seiner Mitarbeiter] in Hamburg handeln“.²² Marsch spielte also die Tragweite der Neugründung herunter und betonte zum einen die Offenheit der Finanzierungsfrage, deren Klärung ebenso im Interesse der MPG wie dem der prospektiven Mitarbeiter lag.

Zum anderen suchte er falsche Assoziationen einzudämmen, die die Münchener Zeitung mit ihrer Darstellung des angeblichen Forschungsprogramms heraufbeschwor. Zwei Tage später wiederum, am 11. Juli 1969, publizierte die *Süddeutsche Zeitung* ohne redaktionelle Änderungen den ersten Teil des Memorandums, in dem Carl Friedrich von Weizsäcker der MPG im Oktober 1968 die Programmatik des Instituts erläutert hatte. Titel und Untertitel des Artikels unterstrichen die Bedeutung der Neugründung: „Unser Schicksal hängt von der Wissenschaft ab. Gründe für die Notwendigkeit eines neuen Max-Planck-Instituts“.²³ In Kombination mit dem Artikel im *Münchener Merkur* war damit erstens die wissenschaftliche Aufgabe des Instituts

Bundesarchiv Koblenz [im Folgenden BAArch], B 196/7168, Vermerk betr. Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, 19. 5. 1969.

- 21 O. A., Weizsäcker nach München. Institut für Zukunftsforschung wird vorbereitet, in: *Münchener Merkur*, 4. 7. 1969.
- 22 O. A., Zukunftsforschung noch ungewiß, in: *Münchener Merkur*, 9. 7. 1969.
- 23 Carl Friedrich von Weizsäcker, Unser Schicksal hängt von der Wissenschaft ab. Gründe für die Notwendigkeit eines neuen Max-Planck-Instituts, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11. 7. 1969.

umrissen, zweitens erging der indirekte Aufruf an die Politik, die Finanzierungsfrage zu klären, da dieses Institut und seine Arbeit unverzichtbar für die Gesellschaft seien. Die Öffentlichkeit war informiert, dass ein ganzes Institut bereitstand, überlebenswichtige Zukunftsfragen der Menschheit zu erforschen, hieran aber von der Politik noch gehindert wurde.

Im Prinzip lagen hier die Ursprünge eines Narrativs, das das Schicksal des Instituts stets mit politischen Entscheidungen verknüpfte. Im September 1969 etablierte der Hamburger Journalist Claus Grossner in der Wochenzeitung *Die Zeit* ein Deutungsmuster, das man als „David-Goliath“-Frame bezeichnen könnte und das das Image des Instituts sowohl instituts- und MPG-intern als auch in der medialen Öffentlichkeit prägte wie keine andere Deutung.²⁴ Für Grossner waren Wohl und Wehe des Instituts nicht allein von politischen Entscheidungen abhängig, sondern diese hingen wiederum vom Einfluss mächtiger Interessengruppen ab, nämlich jenen der Wirtschaft und im Besonderen der chemischen Industrie. Grossner befasste sich damals in detailliert recherchierten Beiträgen mit der Rolle wirtschaftlicher Interessen und Machtverflechtungen zwischen Wirtschaft, Militär und Politik sowie mit dem Einfluss der Industrie in der Zukunfts- und Großforschung.²⁵ Im September 1969 deutete er die Gründung des Starnberger Instituts als Resultat konfligierender wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Interessen auf dem Feld der Zukunftsforschung.²⁶ Die Kontrolle über die Deutung der Zukunft sei eine Machtfrage, und deshalb sei das „Weizsäcker-Institut“ bereits im Vorfeld seiner Gründung in die Einflussphäre mächtiger Interessengruppen geraten, vor allem der „Großchemie“. Zutreffend identifizierte Grossner die beiden Gegner im Gründungsprozess: im Verwaltungsrat der MPG den Aufsichtsratsvorsitzenden der BASF, Carl Wurster, und im Senat den Vorstandsvorsitzenden der Hoechst AG, Karl Winnacker.²⁷ Sowohl die Verzögerung in der Finanzierungsfrage als auch die Verkleinerung des Instituts sowie den Verzicht auf Projektarbeiten in der Anfangsphase führte Grossner auf den Einfluss der „Großchemie“ zurück. Im Kampf um die Deutungshoheit über die Zukunft

24 Zur Charakterisierung dieses Frames: Urs Dahinden, *Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation*, Konstanz 2006, S. 14 f.

25 Siehe bes. Claus Grossner, Ein militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik?, in: Richard J. Barnet, *Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes*, Reinbek 1971, S. 128 – 149.

26 Claus Grossner, Zerstrittene Zukunftsforscher. Der Machtkampf um die Denkfabriken. Konkurrenz zwischen Industrie, Wissenschaft und Gewerkschaft, in: *Die Zeit*, 19.9.1969.

27 Dazu detaillierter Leendertz, *Experiment*, S. 246–249. Dabei ist zu betonen, dass Wurster und Winnacker sich mit ihrer Kritik letztlich in der Minderheit befanden. Über den Einfluss der Wirtschaft in der MPG ist derzeit nicht allzu viel bekannt, obwohl die großen Unternehmen seit jeher zahlreiche Senatsmitglieder stellen und einer von vier Vizepräsidenten stets von der BASF kommt.

schien ihm das Weizsäcker-Institut „viel zu schwach, um den geballten Industriepotenzen ein Korrektiv zu sein“.

Diese Frontbildung griff *Der Spiegel* zwei Monate später auf.²⁸ Im April 1970 schließlich hatte Claus Grossner weitere Nachforschungen angestellt und spitzte seine Deutung in einem großen Weizsäcker-Portrait in der *Zeit* weiter zu. Er schrieb nun vom „Beschuss des erkonservativen wissenschaftspolitischen Establishments“, unter dem Weizsäcker in Sachen Institutsgründung gelegen habe; „mächtige Interessengruppen“ hätten einen „Untergrundkrieg gegen die geisteswissenschaftliche Denkfabrik in der vor allem naturwissenschaftlich orientierten Max-Planck-Gesellschaft“ geführt, deshalb sei der Beginn der Arbeit systematisch verzögert worden. Grossner zitierte als Beleg Karl Winnacker, den er zuvor für einen Dokumentarfilm interviewt hatte, der am 6. März 1970 im dritten Fernsehen ausgestrahlt worden war.²⁹

Neben „der Großchemie“ war damit das „erkonservative“ Establishment innerhalb der MPG als weiterer Gegner des Instituts identifiziert und dieses in einer neomarxistisch angehauchten Perspektive – gegen „Industriemonopole“ und „Establishment“ – als politisch links und progressiv eingeordnet. Dass das Institut auf Druck der chemischen Industrie verkleinert worden sei, bezeichnete Weizsäcker dann einen Monat später, im Mai 1970, in einem Interview mit dem Journalisten Martin Urban in der *Süddeutschen Zeitung* als Mythos. Er habe „eine bestimmte Änderung [seiner] Pläne unterwegs vollzogen“, im Wesentlichen, da er selbst zu der Einsicht gekommen sei, dass man eine theoretische Anfangsphase brauche.³⁰ Urban überzeugte das nur bedingt, vielmehr zeigte die Starnberger Gründung für ihn, wo die Freiheit der Forschung in Deutschland ihre Grenzen habe.³¹ In dieselbe Kerbe schlug im November 1970 *Der Spiegel*, nachdem die MPG bekannt gegeben hatte, dass der Senat in erster Lesung „mit großer Mehrheit“ für die Berufung von Jürgen Habermas nach Starnberg gestimmt habe.³² Schon im Titel des Artikels

28 O. A., Vorauswissen ist Macht, in: *Der Spiegel*, 10. 11. 1969, S. 204 – 207.

29 Machtkampf um die Großforschung, NDR-Fernsehen, 6. 3. 1970: „Wir Chemiker möchten nicht so gern irgendwo eine Institution haben, die uns sagt, was wir tun müssen.“ Siehe auch Claus Grossner, Gespräch mit Karl Winnacker. Über die Planung der Großforschung, in: *Futurum* 4. 1971, S. 313 – 322. Für eine systematische Verzögerung der Finanzierung gibt es aber außer dieser sehr allgemeinen Aussage Winnackers keine direkten Belege. Siehe so auch Laitko, *Das Max-Planck-Institut*, S. 217.

30 Martin Urban, Wie frei ist die deutsche Zukunftsforschung? Die Geschichte einer Institutsgründung. SZ-Gespräch mit Carl Friedrich von Weizsäcker, in: *Süddeutsche Zeitung*, 22. 5. 1970.

31 So Urban in einem kurzen, einen Tag später veröffentlichten Kommentar, ders., *Zukunftsforschung*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23./24. 5. 1970.

32 O. A., Zur Groß-Chemie. Habermas, in: *Der Spiegel*, 30. 11. 1970, S. 236. Die Abstimmung im Senat über die keineswegs unumstrittene Berufung hatte am 24. November stattgefunden; mit nur 14 Ja- bei 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen war die Mehrheit

suggerierte *Der Spiegel*, Habermas wechsle „zur Großchemie“. Süffisant vermerkte das Magazin, Habermas werde sich in Zukunft „ungestört der Theorie widmen können“, denn das Institut müsse einstweilen auf empirische Forschung verzichten, da Weizsäcker zur Selbstbeschränkung „gezwungen“ worden sei und auf Druck der „Großchemie-Bosse“ eine „groteske Beschränkung der Forschungsfreiheit“ akzeptiert habe. Habermas und Weizsäcker reagierten umgehend mit Leserbriefen. Letzterer verwahrte sich erneut dagegen, er sei zur Einschränkung gezwungen worden; ersterer verwies auf die Offenheit des Verfahrens, denn er habe bislang noch keinen Ruf von der MPG erhalten, nannte die Suggestion, er akzeptiere eine Beschränkung seiner Forschungsfreiheit, seinerseits „grotesk“ und kritisierte die Berichterstattung über einen internen und noch nicht abgeschlossenen Entscheidungsprozess.³³ Die Leserbriefe retournierte das Magazin mit Auszügen aus einem Protokoll des Erweiterten Verwaltungsrats der MPG vom Juli 1968, in dem Karl Winnackers Bedenken wiedergegeben waren, sowie aus dem daraufhin abgeänderten Memorandum Weizsäckers vom Oktober.³⁴

Vertrauliche Unterlagen waren durch den *Spiegel* an die Öffentlichkeit gelangt und ein noch schwebendes Verfahren wurde in den Medien diskutiert. Die Artikel gaben einen Vorgeschmack darauf, was von 1978 an immer wieder an Interna bekannt und in der Presse debattiert werden sollte. Diese spekulierte im Winter 1970 zu einem Zeitpunkt über Habermas' Weggang aus Frankfurt und dessen Motive,³⁵ als dieser selbst noch höchst unentschieden war.³⁶ Schon vor seiner Berufung entfalteten die Mediendarstellungen und das darin etablierte Image des Instituts Wirkung auf die dort bald tätigen Wissenschaftler. Explizit sprach Habermas dies selbst in einem Brief an Weizsäcker an, in dem er im Januar 1971 das Für und Wider seines Kommens abwog.³⁷

für MPG-Verhältnisse ungewöhnlich knapp. Detaillierter Leendertz, *Experiment*, S. 253 – 255.

33 Leserbrief von Prof. Dr. Jürgen Habermas, in: *Der Spiegel*, 14. 12. 1970, S. 19; Leserbrief von Carl F. von Weizsäcker, in: ebd., S. 17 – 19.

34 O. A., Warnungen aus der Groß-Chemie. Dokumente zur Gründungsgeschichte des Weizsäcker-Instituts in Starnberg, in: *Der Spiegel*, 21. 12. 1970, S. 125. Dies zog umgehend einen verärgerten Brief Weizsäckers an die Redaktion nach sich. Der „Nachdruck eines älteren Drucks gestohlener Dokumente“ bewiese nichts von dem, was *Der Spiegel* behaupte. AMPG, Nachlass Carl Friedrich von Weizsäcker, ZA 54/K 52, Korrespondenz Berufung Habermas, Carl Friedrich von Weizsäcker an die Redaktion des *Spiegel*, 22. 12. 1970. Es ist unklar, wie *Der Spiegel* an das Protokoll gelangte.

35 Prominent Karl-Heinz Bohrer, Das Ende der Frankfurter Schule? Zu den Meldungen über den Weggang von Jürgen Habermas aus Frankfurt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. 12. 1970; Uwe Schultz, Absage an die Universität. Jürgen Habermas und die Max-Planck-Gesellschaft, in: *Handelsblatt*, 4. 12. 1970.

36 Leendertz, *Experiment*, S. 255.

37 AMPG, Nachlass Carl Friedrich von Weizsäcker, ZA 54/239, Habermas an C. F. von Weizsäcker, 3. 1. 1971.

Seine Berufung fiel mit der Zuspitzung der Mitbestimmungsdebatte und einer in der Presse postulierten „Krise“ der MPG zusammen. Seit beinahe drei Jahren schwelte eine Diskussion über Strukturreformen, die den Mitarbeitern der Institute erstmals seit Bestehen der größten deutschen Wissenschaftsorganisation Mitbestimmungsrechte einräumen sollten. Die Mitarbeiter organisierten sich in Delegiertenversammlungen und forderten eine Enthierarchisierung der Strukturen, paritätische Mitbestimmung und Transparenz der Entscheidungen, die bislang, so der Vorwurf, unter maßgeblichem Einfluss wirtschaftlicher Großkonzerne wie der BASF hinter verschlossenen Türen in exklusiven Spitzengremien der MPG ausgehandelt oder von feudal regierenden Institutsdirektoren getroffen worden seien. Im Starnberger Institut wurden diverse Formen weitreichender Mitbestimmung erprobt, und eine Reihe von Mitarbeitern engagierte sich auf den Delegiertenversammlungen, die Reformen in der MPG forderten.³⁸

Die Hauptversammlung der MPG im Juni 1971 in Berlin bot der Presse keinen Anlass, wie so oft zuvor über wissenschaftliche Erfolge zu berichten. Im Licht der Öffentlichkeit stand vielmehr die innere Verfasstheit der Organisation, in der sich dieselben gesellschaftlichen Konfliktlinien widerspiegelten, die das öffentliche und politische Geschehen der Bundesrepublik der späten 1960er und frühen 1970er Jahre prägten. Die Debatten über grundlegende Reformen im Bildungs- und Hochschulwesen erfassten auch die außeruniversitären Forschungs- und Wissenschaftsinstitutionen.³⁹ Die MPG-„Oberen“ verkörperten das „Establishment“, gegen das die jüngere Generation der wissenschaftlichen Mitarbeiter opponierte; deren Mitbestimmungsforderungen führten in der MPG zu langen und hitzigen Debatten. Im Wissenschaftlichen Rat der Mitglieder habe sich, im Verlauf einer zeitweise „chaotischen“ Sitzung, eine tiefe Kluft zwischen Reformbefürwortern und Reformgegnern aufgetan, so die Rückschau des ersten MPG-Pressesprechers Robert Gerwin.⁴⁰ Schon das Gefühl, unter gesellschaftlichen Druck zu geraten, habe in der MPG derartige Widerstandskräfte mobilisiert, dass zeitweilig ein Scheitern vorprogrammiert schien.⁴¹

38 Vgl. die Erinnerungen des ehemaligen Starnbergers Michael Drieschner, Die Verantwortung der Wissenschaft. Ein Rückblick auf das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, in: Rudolf Seising u. Tanja Fischer (Hg.), Wissenschaft und Öffentlichkeit, Frankfurt 1996, S. 173–198; außerdem Laitko, Das Max-Planck-Institut, S. 225–227.

39 Zur Mitbestimmungsdebatte in der Fraunhofer-Gesellschaft: Trischler u. vom Bruch, Forschung für den Markt, S. 102–108.

40 Robert Gerwin, Im Windschatten der 68er ein Stück Demokratisierung. Die Satzungsreform von 1972 und das Harnack-Prinzip, in: Bernhard vom Brocke u. Hubert Laitko (Hg.), Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte. Das Harnack-Prinzip, Berlin 1996, S. 211–224, hier S. 214.

41 Ebd., S. 224.

Der gesellschaftliche, vor allem aber politische Druck auf die MPG wurde durch die Medien wesentlich verstärkt und ihr Ringen um Reformen zu einer öffentlichen Angelegenheit. Die *Süddeutsche Zeitung* sah die Max-Planck-Gesellschaft in einer schweren Krise, deren Ende und Ausgang nicht abzu-sehen waren.⁴² Ähnlich beschrieb die Wochenzeitung *Die Zeit* die Lage, die in einen Machtkampf zwischen „der westdeutschen Forschungshierarchie“ und den „aufbegehrenden Wissenschaftlern“ zu münden drohe.⁴³ Tatsächlich waren derartige Konflikte in der ansonsten auf Konsens, Einstimmigkeit und Diskretion eingestellten Wissenschaftsorganisation und ihren hierarchisch strukturierten, ganz auf ihren jeweiligen Direktor zugeschnittenen Instituten eine neue und krisenhafte Erfahrung. Öffentliche Äußerungen führender Wissenschaftspolitiker der sozialliberalen Regierungskoalition in Bonn erhöhten den Reformdruck: Sollte sich die staatlich finanzierte MPG als reformunfähig erweisen – und die Mitbestimmung galt hier als Gradmesser –, konnte das politische Konsequenzen nach sich ziehen.⁴⁴ Im November 1971 wählte der MPG-Senat den als Reformler geltenden Astrophysiker Reimar Lüst zum Nachfolger von Präsident Butenandt.⁴⁵ Zeitgleich wurde Robert Gerwin eingestellt, um die Außendarstellung der MPG und die Antwort auf Presseanfragen zu systematisieren und zu koordinieren – bislang war die Pressearbeit von unterschiedlichen, journalistisch nicht geschulten Mitarbeitern der Generalverwaltung und des Präsidialbüros erledigt worden. 1972 trat nach langem Ringen eine Satzungsreform in Kraft, die den Mitarbeitern – deutlich begrenzte – Mitbestimmungsrechte einräumte.⁴⁶ Zwischen 1971 und 1977 erwähnten die Medien das Starnberger Institut in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen. Anlass boten wiederholt öffentliche Auftritte und Reden von Carl Friedrich von Weizsäcker sowie Buchpublikationen, zuerst 1971 der siebenhundert Seiten starke Band „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“, der 1974 bereits in der dritten Auflage erschien.⁴⁷ Die

42 Martin Urban, Max-Planck-Gesellschaft in der Krise, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28. 6. 1971.

43 Claus Grossner, Aufstand der Forscher, in: *Die Zeit*, 18. 6. 1971; ebenso kritisch: o. A., Ein Hochamt der deutschen Wissenschaft, in: *Der Spiegel*, 28. 6. 1971, S. 110–114.

44 Vgl. Urban, Max-Planck-Gesellschaft in der Krise.

45 Siehe hierzu und zum Kontext der Wahl die Erinnerungen von Lüst in Paul Nolte u. Reimar Lüst, *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte*, München 2008, S. 175–187.

46 Max-Planck-Gesellschaft e. V., Satzung vom 26. Februar 1948 in der am 22. 6. 1972 beschlossenen revidierten Fassung, Göttingen 1972.

47 Carl Friedrich von Weizsäcker (Hg.), *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung*, München 1971. Siehe zuerst Siegfried Brockert, Droht uns ein dritter Weltkrieg? Professor von Weizsäcker äußert sich pessimistisch über Möglichkeit der Friedenssicherung. Forschergruppe für „Lebensbedingungen in der wissenschaftlich-technischen Welt“ legt erste Arbeit vor, in: *Münchener Merkur*, 20. 1. 1971.

Berichterstattung drehte sich um die Themenachse „Krieg und Frieden“ und schloss damit an die Verbindung zwischen Institut und Friedensforschung aus den Gründungsjahren an.⁴⁸ 1973 beschäftigte die Medien eine prominente Personalie: Die philosophische Fakultät I der Universität München stimmte gegen die Ernennung von Jürgen Habermas zum Honorarprofessor, was in der Presse unter Berufung auf zahlreiche Mitglieder des Fakultätsrats einhellig als politische Entscheidung gewertet wurde. 1976 schließlich geriet die von einer Gruppe von Mitarbeitern des Weizsäcker-Arbeitsbereiches formulierte Theorie über die „Finalisierung der Wissenschaft“⁴⁹ ins Fadenkreuz einer medialen Debatte.⁵⁰ Angestoßen aus dem Umfeld des Bundes Freiheit der Wissenschaft (BFW), in dem sich eine konservative Gegenbewegung gegen die Hochschulreformen und die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der sozialliberalen Koalition sammelte, warf ein Kreis um die Philosophen Nikolaus Lobkowicz und Gerhard Radnitzky den Starnbergern vor, ihre Theorie diene allein der Rechtfertigung und Durchsetzung einer neomarxistischen und links-totalitären Ideologie, die nicht nur die Freiheit der Wissenschaft beseitigen wolle, sondern auch die Demokratie gefährde.⁵¹ Der BFW profilierte sich dann auch in der Endphase des Instituts von 1978 an als ein zäher und die Polemik nicht scheuender Gegner.

II. Personalisierung und Politisierung: Zukunfts- und Schließungsdebatten um Starnberg

Am 26. Juni 1978 meldete das Magazin *Der Spiegel* in einer kurzen Notiz, der Direktor der London School of Economics, „FDP-Mann“, ehemalige Staatssekretär und EG-Kommissar Ralf Dahrendorf kehre in die Bundesrepublik zurück, um – Habermas wurde in der Meldung gar nicht erwähnt – die Leitung des MPIL zu übernehmen, da dessen bisheriger Direktor Carl Friedrich von

48 Vgl. u.a. Ludwig Schulte, Krieg wider Willen? Friedensforschung, in: Die Zeit, 28.7.1972; Friedenspolitik ist keine Militärpolitik. Wissenschaftler nehmen Stellung. Ist Krieg zu vermeiden? Max-Planck-Institut Starnberg. Arbeit für bessere Lebensbedingungen, in: Münchner Merkur, 3./4.11.1973.

49 Gernot Böhme u.a., Die Finalisierung der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 2.1973, S. 128 – 144. Demnach war die Theoriebildung im „fortgeschrittenen“ Stadium einer Wissenschaft offen gegenüber externen Einflüssen, etwa gegenüber gesellschaftspolitischen Ideologien oder wirtschaftlichen Interessen.

50 Hierzu sowie zur Verwehrung der Honorarprofessur Ariane Leendertz, „Finalisierung der Wissenschaft“. Wissenschaftstheorie in den politischen Deutungskämpfen der Bonner Republik, in: Mittelweg 36 22. 2013, S. 93 – 121.

51 Kurt Hübner u.a. (Hg.), Die politische Herausforderung der Wissenschaft. Gegen eine ideologisch verplante Forschung, Hamburg 1976.

Weizsäcker aus Altersgründen ausscheide.⁵² Einen Tag später dementierte Dahrendorf in der *Stuttgarter Zeitung*.⁵³ Tags darauf jedoch teilte MPG-Präsident Reimar Lüst einer überraschten Findungskommission der MPG mit, dass Dahrendorf unter Umständen zur Verfügung stehe. Die Nachrichten waren widersprüchlich, die Gerüchteküche fing an zu brodeln, und es begann eine viele Monate währende mediale Debatte.

Wie war Dahrendorf ins Spiel gekommen? Im Februar 1977 hatte die MPG eine Kommission gebildet, die über die zukünftige Struktur des Instituts nach der Emeritierung Weizsäckers 1980 beraten und klären sollte, welche seiner Themen weiter behandelt werden und somit, welche Forschungsgruppen weiterarbeiten sollten. Da die Finanzierung der MPG durch Bund und Länder seit Mitte der 1970er Jahre stagnierte, konnten neue Institute, Abteilungen oder Forschungsbereiche nur auf Kosten von bestehenden eingerichtet werden. Die Kommission hatte bereits ein Jahr gearbeitet und – bei weitgehender Auflösung des Weizsäcker-Bereichs – über sinnvolle Erweiterungsmöglichkeiten für den Habermas-Bereich diskutiert, als Präsident Lüst im April 1978 vermutlich ohne ihr Wissen Sondierungsgespräche mit Ralf Dahrendorf aufgenommen hatte.⁵⁴ Erst am 28. Juni, zwei Tage nach der Meldung im *Spiegel*, setzte Lüst die Kommission offiziell davon in Kenntnis. In der Presse begann eine Dauerdiskussion um die Personalie Dahrendorf und die Zukunft der Weizsäcker-Arbeiten. Nur wenige Tage nach der Kommissionssitzung, in der Lüst die mögliche Dahrendorf-Kandidatur mitgeteilt hatte, notierte Pressesprecher Robert Gerwin, der Bund Freiheit der Wissenschaft habe sich bei ihm erkundigt, ob es stimme, dass die MPG das Institut schließen wolle. Dieses angebliche Gerücht entsprach, wie die späteren Interventionen schließen lassen, vermutlich dem Wunschenken des BFW und könnte als subtiler Versuch interpretiert werden, Einfluss auf die MPG zu nehmen – wenn diese bislang noch keine Schließung erwogen hatte, dann konnte sie jetzt vielleicht auf die Idee kommen. Gerwin hielt fest, er habe daraufhin erklärt, dass die Überlegungen der MPG bisher noch in keiner Weise ausgereift seien und „Gerüchte über solche Entscheidungen der Wirklichkeit weit voraus-eilt“.⁵⁵ Das war unglücklich formuliert, denn dadurch schloss Gerwin die Möglichkeit einer Institutsschließung nicht aus. Erst eine Meldung der *Deutschen Presseagentur (dpa)* veranlasste die MPG zu einem gründlicheren

52 Rubrik Berufliches, in: Der Spiegel, 26. 6. 1978, S. 188.

53 *Stuttgarter Zeitung*, 27. 6. 1978, zit. n. AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, GWS, Kommission Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt 7 [im Folgenden Kommission MPIL], Edmund Marsch, Notiz für den Präsidenten über den Verlauf der Entwicklung der Berufung von Professor Dr. Ralf Dahrendorf an das Starnberger Institut, 29. 5. 1979, S. 1.

54 Siehe ebd.

55 AMPG, IX. Abt., Rep. 2, MPIL, Bd. 3, Robert Gerwin, Vermerk betr. Anruf wegen Schließung des MPI in Starnberg, 3. 7. 1978.

Dementi und einer internen Sprachregelung, bei Anrufen von Redaktionen ausschließlich „über den formellen Gang des Verfahrens“ zu informieren.⁵⁶ Die Praxis von „Sprachregelungen“ für die öffentliche Kommunikation setzte sich erst langsam durch und entstand als Reaktion auf potentiell missverständliche Ad-hoc-Antworten auf Medienanfragen. Ob und wie das Institut weitergeführt werden solle, erfolge in enger Absprache mit dessen zweitem Direktor Professor Habermas; eine etwaige Schließung könne nur den Bereich von Professor von Weizsäcker betreffen; es sei falsch, Professor Dahrendorf als dessen designierten Nachfolger zu bezeichnen – mit ihm würden „Gespräche über die Möglichkeit einer solchen Nachfolge“ geführt; bislang gebe es noch keine Berufungsempfehlung durch die zuständige Kommission.⁵⁷

Zunächst scheint es der MPG gelungen zu sein, die *Hochschulpolitischen Informationen (HPI)* von offenbar geplanten weiteren Veröffentlichungen abzuhalten.⁵⁸ Am 27. August 1978 sprach die Kommission ihre Empfehlung aus, und am 31. Oktober folgte mit der Geisteswissenschaftlichen Sektion das nächsthöhere Gremium. Bis auf die Arbeiten der Gruppe Wissenschaftsforschung sollten die Forschungen Weizäckers und seiner Mitarbeiter eingestellt, sein Bereich mithin aufgelöst werden. Die Kommission sah wenige Verbindungen zum Bereich von Habermas, außerdem bestanden Zweifel an der Qualität von Forschungen und Mitarbeitern in Teilen des Weizsäcker-Bereiches, namentlich in der Ökonomie- und der Strategieforschung.⁵⁹ Ebenfalls sollte das Institut umbenannt werden in „Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften“ und künftig vier Arbeitsbereiche umfassen: 1. Mikro- und Makrosoziologie: Theorie der individuellen und Gesellschaftsentwicklung (Habermas), 2. Politische Soziologie: Theorie der modernen Gesellschaft, Internationale Beziehungen (Dahrendorf), 3. Politologie: Vergleich politischer Institutionen (N.N.), und 4. Psychologie: Kognitivistische Entwicklungspsychologie (N.N.). Neben Habermas sollte Ralf Dahrendorf als zweiter Direktor berufen werden.⁶⁰

56 Vgl. AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, GWS, Kommission MPIL 7, Edmund Marsch, Notiz für den Präsidenten über den Verlauf der Entwicklung der Berufung von Professor Dr. Ralf Dahrendorf an das Starnberger Institut, 29.5.1979.

57 AMPG, IX. Abt., Rep. 2, MPIL, Bd. 3, Robert Gerwin, Vermerk betr. Auskunft über Schließung des MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen, Starnberg, 28.7.1978.

58 Das ergibt sich zumindest aus einem Vermerk des Pressesprechers: ebd., Robert Gerwin, Vermerk betr. Kommentar in HPI zum Starnberger Institut, 3.11.1978.

59 Mit genauen Quellenangaben: Leendertz, Wende, S. 26–33.

60 AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, Senat: Protokolle, 92. SP/DB, 16.3.1979, Bericht und Empfehlung der Kommission „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ in Starnberg, 27.8.1978, S. 23; AMPG, Niederschriften der Geisteswissenschaftlichen Sektion, Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der MPG am 31.10.1978 in München.

Auf die erwarteten Presseanfragen bereiteten sich Generalverwaltung und Pressestelle mit einer Sprachregelung vor, die in nüchterner Diktion den Fortgang des Verfahrens erläuterte.⁶¹ Es sei vorgesehen, das Starnberger Institut „in veränderter Form fortzuführen“, auf die Stelle Weizsäckers Ralf Dahrendorf zu berufen und die Leitung des Instituts „wahrscheinlich“ durch zwei zusätzliche Direktoren zu erweitern. Blieben die Aussagen zu den Inhalten der Empfehlungen äußerst knapp, erfuhr die Presse umso mehr darüber, dass die Beratungen „in dem bei der MPG üblichen Verfahren“ in der Geisteswissenschaftlichen Sektion fortgesetzt würden, diese „gemäß den in der Max-Planck-Gesellschaft bestehenden Verfahrensregeln“ Ende Januar 1979 in zweiter Lesung ihre Empfehlung abgeben und sich der hauptverantwortliche Senat dann frühestens im März mit dieser befassen werde. Die MPG versuchte damit offenkundig, die Medien von dem Thema abzubringen, da frühestens in einem halben Jahr mit einer Entscheidung zu rechnen war. Zugleich war sie bemüht, für einen gewissen Grad an Transparenz zu sorgen und vor allem zu verdeutlichen, dass der Entscheidungsprozess regelkonform vonstattenging, alle Instanzen der MPG durchlief und ganz dem üblichen Prozedere entsprach. Auch im weiteren Verlauf standen der Verweis auf Verfahrensregeln und die Schilderung des Entscheidungsprozesses durch die diversen Gremien im Zentrum der offiziellen Statements.

Parallel zur internen Sprachregelung führte Edmund Marsch ein Gespräch mit dem Redakteur der *Süddeutschen Zeitung* Christian Schütze, der die Kommissionsempfehlung dann recht ausführlich darlegte und sich zugleich auf Aussagen von Starnberger Institutsmitarbeitern stützte. Diese wollten die Argumente der Kommission nicht gelten lassen, insbesondere, da sie ihre wissenschaftliche Arbeit nicht bewertet habe.⁶² Während Schützes Kritik an der MPG moderat blieb – die von Weizsäcker aufgeworfenen Fragen seien schließlich nicht erledigt –, ging der *WDR*-Redakteur Ansgar Skriver hart mit der Wissenschaftsorganisation ins Gericht und gab den Startschuss für eine rhetorisch und politisch aufgeladene Diskussion. Das Max-Planck-Institut solle in seiner bisherigen Form „liquidiert“ werden, die MPG wende sich von der Beschäftigung mit den Zukunftsproblemen der Menschheit ab und trage damit ein Hauptthema der Wissenschaft „zu Grabe“, Wissenschaftler hätten „das Todesurteil für ein zukunftsgerichtetes und weitschauendes Wissenschafts- und Forschungsvorhaben“ vorbereitet und schienen nicht zu sehen,

61 AMPG, IX. Abt., Rep. 2, MPIL, Bd. 3, Sprachregelung für Anfragen von Redaktionen zur Beratung über die Neuordnung des Starnberger Instituts nach der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion am 31. Oktober, o.D.

62 Christian Schütze, Trotz großer Spannweite kein glücklicher Flug. Das Starnberger Institut soll 1980 reorganisiert werden. Weizsäcker hat keinen Nachfolger, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.10.1978.

dass sie damit eine politische Entscheidung trafen.⁶³ Daraufhin fühlten sich die *HPI* nicht mehr an „das verabredete Stillschweigen“ gebunden und zogen mit einer geharnischten Polemik gegen das Institut, Jürgen Habermas und Ralf Dahrendorf zu Felde.⁶⁴ Während das Blatt Weizsäcker „bedeutende Denkanstöße“ zugestand, galt Habermas den *HPI* als Abkömmling der Frankfurter Schule, die allein Denkanstöße für „die radikale Studentenbewegung“ gegeben habe und nicht einsehen wolle, „dass auch der Terrorismus hier geistige Wurzeln haben könnte“; zur geistigen Auseinandersetzung habe das Institut nur sehr wenig beigetragen, und der Vorschlag, nun Dahrendorf „einfliegen“ zu lassen, könne nur Alpträume auslösen. Dessen Selbstgefälligkeit zeige sich schon „in den hohen persönlichen Forderungen“.⁶⁵ Der von der CSU herausgegebene *Bayern-Kurier* ging darüber noch hinaus. Weizsäcker habe als Philosoph kaum den Durchschnitt überragt, das Institut habe bald „einen von ihm kaum noch kontrollierten Selbstlauf“ genommen. „Habermas baute [seinen Arbeitsbereich] sogleich zu einer Hochburg und Pflanzstätte des historischen Materialismus aus, deren Antikapitalismus auf den Arbeitsbereich des Kollegen von Weizsäcker hinüberwirkte“. Das Allerlei der Forschungsthemen „konnte nur durch ein dickes, vereinfachendes ideologisches Band zusammengehalten werden“. Habermas behalte nun seine „marxistische Feste“ und bekomme mit dem Liberalen Dahrendorf „das koalitionspolitische Pendant“.⁶⁶ Damit griffen Personalisierung und politische Aufladung in der Presseberichterstattung ineinander.

Während das evangelische *Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt* die Zerstörung von Weizäckers Lebenswerk befürchtete und von der MPG eine „plausible öffentliche Erklärung“ forderte,⁶⁷ war die Haltung des *Spiegel* ein wenig ambivalent. Der „sang- und klanglose Untergang“ des Instituts sei beschlossene Sache, gab aber für das Magazin kaum Anlass zur Verwunderung, sei doch, wie vom *Spiegel* 1970 recherchiert, bereits die Gründung auf Widerspruch in der einflussreichen Lobby der chemischen Industrie in der MPG gestoßen. Viele MPG-Mitglieder seien mit der Arbeit unzufrieden, die MPG-

63 Ansgar Skriver, Kommentar zu einem Feature im 1. Programm des Westdeutschen Rundfunks, 27.10.1978. Der Kommentar erschien außerdem in der Presse: ders., Abkehr von der Zukunftsforschung? Weizäckers Max-Planck-Institut steht vor der Liquidierung, in: Stuttgarter Zeitung, 30.10.1978. Skriver zitierte außerdem wörtlich aus der Kommissionsempfehlung vom 27.8.1978.

64 So der *HPI*-Redakteur Bohn laut Gerwin in einem Anruf in der Pressestelle. Gerwin, Vermerk betr. Kommentar in *HPI*.

65 Starnberger Alpträume [gez. „n.“], in: Hochschulpolitische Informationen 9.1978, Nr. 21, 3.11.1978.

66 Christoph Wiedmann, Linke Zellteilung in Starnberg, in: *Bayern-Kurier*, 11.11.1978.

67 Günter Geschke, Begräbnis II. Klasse, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 5.11.1978. Geschke war von 1970 bis 1972 Mitgeschäftsführer der von Weizsäcker gegründeten Forschungsstelle der VDW in Hamburg gewesen.

Naturwissenschaftler hielten die Arbeitsweise für unwissenschaftlich und Weizsäcker sei für die MPG-Physiker sowieso ein Abtrünniger gewesen, deshalb sei es der Kommission nicht schwergefallen, die „formelle Auflösung“ zu empfehlen.⁶⁸ Allerdings gehörten der Kommission überhaupt keine Naturwissenschaftler an. Es war dieser Artikel, der den Vorsitzenden des (mit externen Wissenschaftlern besetzten) Fachbeirats des Instituts bewog, dessen Mitglieder angesichts der „verzerrten“ Veröffentlichungen in den Medien „verlässlich“ über die eigentlichen Empfehlungen von Kommission und Geisteswissenschaftlicher Sektion zu informieren.⁶⁹

Die Darstellungen in der Presse bildeten eine wichtige Informationsquelle für die Funktionsträger der MPG. Während der Fachbeirat keine offizielle Rolle in den weiteren Entscheidungen spielte, konnten die Mitglieder der Geisteswissenschaftlichen Sektion und des Senats über Monate hinweg immer neue Spekulationen und Wortmeldungen in den Medien verfolgen. Nie zuvor, stichelten die *Hochschulpolitischen Informationen*, konnte der Vorschlag einer Kommission vorzeitig in die Öffentlichkeit kommen – ein „einmaliger Skandal“.⁷⁰ In einem Entscheidungsprozess, der eigentlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit allein innerhalb der MPG hätte ablaufen sollen, waren die Medien zu einem Akteur geworden, der die Wahrnehmung und Überlegungen von Senatoren und wissenschaftlichen Mitgliedern beeinflusste. Das Presseferat erhielt zunehmend Anfragen und versuchte – sichtlich tastend und wenig erfolgreich – Spekulationen einzudämmen, die die MPG durch ihre restriktive Informationspolitik zugleich selbst nährte. Wie die überlieferten Unterlagen zeigen, äußerten sich Generalverwaltung und Präsidialbüro auch weiter ohne Rücksicht auf die Presseabteilung. Das Ringen der MPG mit den Medien um Kontrolle über die öffentliche Berichterstattung war zugleich von einem internen Ringen des Pressesprechers mit den Spitzen der Generalverwaltung geprägt, der gegenüber Gerwin die Pressestelle als öffentliches Sprachrohr der MPG und Ansprechpartner für die Medien zu etablieren suchte. Auf der Ebene der Strukturen, Verfahren und Abläufe, im institutionellen Handeln der MPG schlug sich die Medialisierung der Wissenschaft erst allmählich nieder.

Vor der entscheidenden Abstimmung im Senat im März 1979 stellte der Präsident die Rolle der Medien explizit heraus. Inzwischen habe man die Zukunft des Instituts in Presse und Öffentlichkeit mit zunehmender Intensität diskutiert. Er halte es für verständlich, dass die Mitarbeiter um ihre Arbeitsplätze kämpften. Es seien jedoch selten so viele Unwahrheiten und

68 O. A., Faustisches Projekt, in: Der Spiegel, 11. 12. 1978, S. 249–252.

69 AMPG, II. Abt., Rep. 9, Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften 39, Der Vorsitzende Friedrich Kambartel an die Mitglieder des Fachbeirates, 20. 12. 1978.

70 Fremdkörper [gez. „n.“], in: Hochschulpolitische Informationen 10. 1979, Nr. 4, 23. 2. 1979.

Halbwahrheiten wie in dieser Diskussion verbreitet worden.⁷¹ Die Mitarbeiterkonferenz des Instituts hatte sich schon im Juli 1978 gegenüber der Kommission für eine Fortsetzung des Arbeitsbereiches von Weizsäckers eingesetzt, diese Position danach weiterhin vertreten und der Kommission vorgeworfen, sie habe die Arbeiten der betroffenen Forschungsgruppen nicht evaluieren lassen – was zutraf, aber vom Prozedere her auch nicht vorgeschrieben war – und wolle diese nun vom Tisch wischen.⁷² Waren die Mitarbeiter bis zum Ende des Jahres 1978 noch anonym in der Presse zitiert worden, traten sie am 1. Januar 1979 mit einem Leserbrief im *Spiegel* an die Öffentlichkeit. Weil die Forschungsvorhaben in Starnberg „politisch relevante Fragestellungen artikulieren, sollen sie aus der Max-Planck-Gesellschaft verbannt werden“, schrieben Jürgen Heinrichs, Rainer Hohlfeld und Utz-Peter Reich.⁷³ Auch ein in zahlreichen Zeitungen abgedruckter Artikel des *dpa*-Korrespondenten Hanns-Jochen Kaffsack zitierte Starnberger Mitarbeiter, die die „geplante Umstülpung“ als „politische Entscheidung“ ansähen.⁷⁴ Der Betriebsrat des Instituts versuchte außerdem direkt bei Mitgliedern des MPG-Senats politische Unterstützung für eine Fortsetzung der Weizsäcker-Arbeiten zu mobilisieren.⁷⁵ Mit Erhard Eppler, Mitglied des SPD-Parteipräsidiums, wandte sich ein Protagonist der westdeutschen Friedensbewegung an den Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD). Mit dem geplanten Umbau des Starnberger Instituts dürften „politisch relevante Fragestellungen, die irgendwelchen Industriebossen unangenehm sein könnten, [...] künftig nicht mehr bearbeitet werden“. Seine Bitte sei, ob Matthöfer oder der Bundesminister für Forschung und Technologie Volker Hauff im Senat der MPG einmal andeuten könnten, „dass es so nicht geht“. Dass die ganze Angelegenheit eine höchst politische Seite habe, brauche er „dem gelehrten Marxisten Hans Matthöfer“ nicht auseinanderzusetzen.⁷⁶ Derweil wandte sich der Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbunds Heinz Markmann an Bundesforschungsminister Hauff (SPD).

71 AMPG, Niederschriften des Senats, Niederschrift über die 92. Sitzung des Senats der MPG am 16. 3. 1979 in Berlin, S. 8.

72 Leendertz, Wende, S. 33. Immerhin hatte die Kommission die Meinung von mehr als einem Dutzend externer Gutachter aus der Bundesrepublik und dem Ausland eingeholt.

73 Vollbeschäftigung. Leserbrief von Jürgen Heinrichs, Rainer Hohlfeld, Utz-Peter Reich, Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, in: *Der Spiegel*, 1. 1. 1979. Hierbei handelte es sich um Mitarbeiter des Weizsäcker-Bereichs.

74 Hanns-Jochen Kaffsack, Weizsäckers Institut am Starnberger See vor dem Ende, in: *dpa*, 6. 2. 1979.

75 BArch, B 196/20329, Carola Gutsch-Merseburger, Mitglied des Betriebsrats, an Katharina Focke, MdB, 4. 3. 1979; Carola Gutsch-Merseburger, Mitglied des Betriebsrats, an den Bundesminister der Finanzen Hans Matthöfer, 2. 3. 1979.

76 BArch, B 196/20328, Erhard Eppler an Hans Matthöfer, 23. 1. 1979.

Das Starnberger Institut sei von der MPG von Anfang an als ungeliebtes Kind betrachtet worden, die Forschungen hätten den „überwiegend konservativen Mitgliedern“ der MPG und „der starken Industrielobby [...] nie geschmeckt“, jetzt wolle man offenbar reinen Tisch machen und die Abteilung Weizsäckers auflösen. Bei diesem „Manöver“ handele es sich „um einen eindeutigen politischen Akt“. Dies werde besonders daran deutlich, dass nie eine Evaluierung erfolgt sei.⁷⁷ Die Deutungen Eplers und Markmanns reproduzierten damit erstens die Argumente der Mitarbeiter und entsprachen zweitens ganz dem zehnjährigen Vorlauf von Claus Grossner etablierten Mustern des kleinen, progressiven Instituts, das vom konservativen Establishment und der Industrielobby bekämpft wurde.

Die MPG-Pressestelle schließlich erhielt in den Wochen vor der Senatsabstimmung erneut Presseanfragen und wurde wiederholt um eine schriftliche Fassung der Kommissionsempfehlung gebeten, die sie indes nicht herausgab. Vor diesem Hintergrund mahnte Gerwin gegenüber dem MPG-Präsidialbüro in deutlichen Worten eine bessere Informationspolitik an.

Ungeachtet der schon vom Präsidenten gefällten Entscheidung, nach der Senatssitzung in Berlin *keine* Pressekonferenz durchzuführen, halte ich es für unumgänglich, dass wir über die Starnberger Entscheidung des Senats spätestens am 19. oder 20. eine Meldung verbreiten [...]. Seit über einem halben Jahr argumentieren wir damit, dass erst am 16. März die Entscheidung fällt. Es ist unausweichlich, dass wir danach etwas offiziell verlauten lassen müssen.⁷⁸

Dies schien umso dringlicher, als nun die MPG als Ganzes in die Kritik geriet und die Berichte zunehmend Organisationsinteressen betrafen. Sicher war es ganz normal, so der NDR-Redakteur Wolfgang Rieger im *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt*, dass die MPG mit der Emeritierung eines Institutsdirektors ein Institut schließe, wenn sie keinen Nachfolger finde. Gleichwohl lief dieser Zuschnitt „auf die Persönlichkeit eines einzelnen“ den Bemühungen der „Demokratisierung“ zuwider, die Beteiligung des Mittelbaus blieb Makulatur und die eigenständige intellektuelle Leistung der jüngeren Wissenschaftler werde, so Rieger, kaum anerkannt.⁷⁹ Die Berichte in der Presse betrafen damit nicht mehr nur die konkreten Entwicklungen um das Starnberger Institut, sondern die MPG als Institution. Die sich häufenden Anfragen, Berichte und

77 Ebd., Heinz Markmann an Volker Hauff, 5. 1. 1979.

78 AMPG, IX. Abt., Rep. 2, MPIL, Bd. 3, Robert Gerwin, Vermerk betr. weitere Anfragen zur Entwicklung in Starnberg, 8. 2. 1979.

79 Vgl. Wolfgang Rieger, Gefährdete Wissenschaft. Wird ein unbequemes Forschungsinstitut in Starnberg wegadministriert?, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 4. 3. 1979. Der Titel spielte auf die Münchner Tagung an, auf der 1976 die Finalisierungsthese kritisiert worden war. Nicht die Finalisierungsthese, sondern die Schließung des Instituts gefährde die Wissenschaft, so die Implikation.

Kommentare führten in den Gremien der MPG nun zu erhöhter Sensibilität, was die möglichen medialen Effekte ihrer Entscheidungen betraf.

III. „Eindrücke in der Öffentlichkeit“: Die Sensibilisierung gegenüber medialen Effekten

Auch Reimar Lüst bekam in den Tagen vor der Senatsabstimmung immer wieder Anrufe, wie er im Verwaltungsrat erklärte. Die *Hochschulpolitischen Informationen* appellierten an Lüst, die Konzeption des „Instituts für Sozialwissenschaften“ in Starnberg noch einmal zu prüfen, und verwiesen auf einen kritischen Artikel des Soziologen und BFW-Gründungsmitglieds Friedrich Tenbruck, der am 9. März 1979 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien.⁸⁰ Explizit bezogen sich dann auch Diskussionen im MPG-Verwaltungsrat, der einen Tag vor der Senatssitzung an der Formulierung der Entscheidungsvorlage feilte, auf Tenbrucks Artikel. Der Verwaltungsrat prüfte seine Vorlage nun gewissenhaft auf ihre „Öffentlichkeitswirkung“: Sollte das neue Institut eines für „Sozialwissenschaften“ oder besser für „theoretische Sozialwissenschaften“ sein? „Wir bekommen sonst Zeitungsartikel ‚... das MPI für Sozialwissenschaften hat festgestellt...‘“, warnte der Vorsitzende der Robert Bosch GmbH Hans Lutz Merkle.⁸¹ Veröffentlichungen des Instituts würden dann, so Merkle weiter, „vom Normalverbraucher als sozialwissenschaftlich verifizierte Arbeit angesehen. ‚Theoretisch‘ macht das Ganze etwas suspekter.“⁸² Der Zusatz „theoretisch“ hätte Verlautbarungen aus dem Institut somit unter den Vorbehalt des Vorläufigen und Spekultativen gestellt, da „harte“ empirische Beweise erst noch zu erbringen waren. Interessanterweise gingen Mitglieder des MPG-Verwaltungsrats offenbar davon aus, dass der durchschnittliche Bundesbürger Aussagen eines „Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften“ als „wahr“ akzeptieren und nicht hinterfragen werde. In der Diskussion über den Namen kamen MPG-interne Ressentiments gegenüber Dahrendorf und Habermas zum Ausdruck, doch blieb es schließlich bei „Institut für Sozialwissenschaften“.

Ebenfalls stand im Verwaltungsrat zur Debatte, ob man, wie bisher die Kommission und Geisteswissenschaftliche Sektion formuliert hatten, beschließen sollte, dass die Arbeiten des Weizsäcker-Bereiches „nicht fortgeführt“ würden oder ob man klar und deutlich dessen „Schließung“ empfehlen sollte – was „in dem gegenwärtigen politischen Klima“ schwierig erschien,

80 AMPG, IX. Abt., Rep. 2, MPIL, Bd. 3, Herbert Kloss, Hochschulpolitische Informationen, an Reimar Lüst, 7.3.1979; Friedrich Tenbruck, Die Gesellschaftswissenschaften stürzen die Gesellschaft ins Abenteuer, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.3.1979.

81 AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, GWS, Kommission MPIL 7, Wortprotokoll der Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 15.3.1979, S. 10.

82 Ebd., S. 14.

aber ein wirkungsvolles Signal gegen Durchhalteparolen aus dem Institut darstellen würde.⁸³ Einig war sich der Verwaltungsrat, dass es die MPG keinem der „Lager“ würde rechtmachen können. Als ebenso wichtiges Signal wie die eindeutige Formulierung galt eine möglichst überzeugende Mehrheit; allerdings teilte die MPG das Abstimmungsergebnis in ihrer Presseinformation drei Tage nach der Abstimmung nicht mit, was erneut zu Rückfragen in der Pressestelle führte.⁸⁴ Die über die Agenturen verbreitete Presseinformation war im nüchternen Stil der vorangegangenen Verlautbarungen gehalten. Die MPG habe keinen Gelehrten gefunden, der Carl Friedrich von Weizsäcker ersetzen könne; der Senat habe daher beschlossen, den Arbeitsbereich Weizsäckers zu schließen und das Institut künftig mit veränderten Aufgaben als „Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften“ weiterzuführen. Das Institut werde vier Arbeitsbereiche haben, die die MPG in wenigen Stichworten charakterisierte. Für den Arbeitsbereich „Politische Soziologie“ habe der Senat beschlossen, Ralf Dahrendorf zu berufen, über weitere Berufungen werde der Senat erst später entscheiden.⁸⁵

Die nüchterne Diktion täuschte über die Spuren hinweg, die die lange Auseinandersetzung bereits bei vielen der Beteiligten hinterlassen hatte. Bereits eine Woche nach dem Senatsbeschluss machte der sonst so beherrschte Wissenschaftsmanager Reimar Lüst gegenüber den *Hochschulpolitischen Informationen* seinem Unmut Luft.

In der Presse ist in den letzten Wochen sehr viel Halbwahres, Falsches und zum Teil subtil Infames über die Pläne der Max-Planck-Gesellschaft für das Starnberger Institut erschienen. Hierbei machten die HPI keine Ausnahme, obwohl die Max-Planck-Gesellschaft stets über den gegenwärtigen Stand Auskunft gegeben hat.⁸⁶

In der *Süddeutschen Zeitung* meldete sich nun auch Carl Friedrich von Weizsäcker zu Wort, der bislang beharrlich geschwiegen hatte. In einem Gespräch mit Martin Urban, von dem er sich schon 1970 über das entstehende Institut hatte befragen lassen, erläuterte er seine Sicht auf die Dinge. Als loyales Mitglied der MPG, betonte Urban, akzeptiere der für seine Zurückhaltung bekannte Weizsäcker den Beschluss und freue sich auf Dahrendorf. Doch was da beschlossen worden sei, zitierte Urban Weizsäcker, das sei überhaupt nicht

83 Vgl. ebd., S. 4, S. 7 u. S. 11.

84 AMPG, IX. Abt., Rep. 2, MPIL, Bd. 3, Robert Gerwin, Notiz betr. Recherche der Hochschulpolitischen Informationen wegen Starnberger Institut, 19. 3. 1979.

85 Ebd., Presseinformation PRI 7/79 B, Entscheidung über Starnberger Institut, 19. 3. 1979; auf dieser Basis im selben Tonfall: Starnberger Max-Planck-Institut wird umgewandelt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 21. 3. 1979; Max-Planck-Institute, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. 3. 1979.

86 AMPG, IX. Abt., Rep. 2, MPIL, Bd. 3, Reimar Lüst an Helmut Bohn, HPI, 27. 3. 1979.

das, was er gewollt habe, und er bedaure, dass die Arbeiten nicht fortgesetzt würden. Das alles wäre nicht notwendig gewesen.⁸⁷

Zwar hatte der Senat die Berufung von Ralf Dahrendorf beschlossen, doch am 22. Mai 1979 teilte Dahrendorf Präsident Lüst mit, dass er in London bleiben werde. Er nannte die Attraktivität seiner Stellung an der London School of Economics, zeigte sich aber zugleich berührt von den öffentlichen Diskussionen um seine Person. Es sei wohl „ein bisschen viel Politik“ in die ganze Angelegenheit geraten. „Wenn ich kämpfen will, dann gehe ich in die Politik oder in die Publizistik, aber nicht in die Max-Planck-Gesellschaft.“ Ebenso kritisierte er „eine verfehlte Pressepolitik der MPG“, die schon früh den Eindruck bestärkt habe, er habe sich bereits für Starnberg entschieden. „Manchmal hätte ich es gut gefunden, wenn man mit mir gesprochen hätte, bevor hauseigene oder allgemeine Publikationen mit halbrichtigen Informationen versorgt worden wären.“⁸⁸ Lüst reagierte auf die Absage überaus überrascht, denn noch wenige Tage vorher hatte sich die Lage für ihn ganz anders dargestellt.⁸⁹ Der Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit der MPG trat er entschieden entgegen:

Ihren Äußerungen zur Pressepolitik der Max-Planck-Gesellschaft muss ich widersprechen. Wir haben eigentlich immer nur auf Verlautbarungen anderer reagiert und über den Sachstand berichtet. Im Übrigen liegt es wohl in der Historie des Starnberger Instituts begründet, dass die politische Öffentlichkeit ein lebhaftes Interesse am Schicksal dieses Instituts bekundet. Wir scheuen dieses nicht, werden aber auch in Zukunft mit der gebotenen Zurückhaltung reagieren.⁹⁰

Hier liegt ein wesentliches Merkmal der Medienarbeit der MPG in Bezug auf die Personalie Dahrendorf und die Schließung des Arbeitsbereiches von Weizsäcker: Die MPG reagierte auf Berichte und Gerüchte, übte sich in Zurückhaltung, und ihre offiziellen Sprecher stimmten sich nur wenig mit den Beteiligten ab. Wie weiter unten noch erörtert werden wird, versuchte die MPG erst im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Jürgen Habermas, die mediale Berichterstattung aktiv zu beeinflussen.

87 Martin Urban, „Das alles wäre nicht notwendig gewesen“. Carl Friedrich von Weizsäcker bedauert die Umwandlung seines Starnberger Instituts, in: Süddeutsche Zeitung, 26.3.1979.

88 AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, GWS, Kommission MPIL 2, Ralf Dahrendorf an Reimar Lüst, 22.5.1979. Die Meldungen in der Presse blieben kurz, etwa in wenigen Zeilen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 25.5.1979 und Die Welt, 26.5.1979.

89 Siehe den Rückblick von Lüst dreißig Jahre später in Nolte u. Lüst, Wissenschaftsmacher, S. 192.

90 AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, GWS, Kommission MPIL 2, Reimar Lüst an Ralf Dahrendorf, 30.5.1979.

Nach der Dahrendorf-Absage begannen in der MPG und ihrer zuständigen Kommission erneut Beratungen.⁹¹ Gleichzeitig arbeitete jedoch auch die Konferenz der wissenschaftlichen Mitarbeiter an einem neuen Vorschlag: Die MPG solle das Institut teilen, Habermas solle ein Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften bekommen und der Arbeitsbereich Weizsäcker unter dem alten Institutsnamen weiterarbeiten. Die sozialdemokratische Zeitung *Vorwärts* lancierte diesen Vorschlag im November 1979, um erneut eine öffentliche Debatte anzustoßen.⁹² Mehrfach wurde jetzt über die Bande von Medien und Öffentlichkeit gespielt und versucht, dadurch Einfluss auf die Entscheidung der MPG zu nehmen. Weizsäcker bekräftigte seine Sicht, die Schließung sei nicht notwendig gewesen, ausführlich in einer Buchpublikation, in der er sich sogar explizit die Fortsetzung seiner Arbeit wünschte.⁹³ So mussten sich die Mitarbeiter in ihrem Anliegen bestärkt fühlen, und tatsächlich gelangte das Thema im November 1979 noch einmal auf die Agenda einer Senatssitzung. Erneut hatte sich der Betriebsrat direkt an eine Reihe politischer Mitglieder des Senats gewandt und seine Vorschläge ebenso beigelegt wie Weizäckers Buch.⁹⁴ Am Morgen dieser Sitzung allerdings hielten die Senatsmitglieder die *Süddeutsche Zeitung* in den Händen, in der Präsident Lüst unmissverständlich seine Sicht verdeutlichte. Es gebe keine neue Lage; dies zu denken, sei ein Irrtum der Mitarbeiter. Die Kommission habe, wie Lüst richtig darlegte, schon vor der Dahrendorf-Episode vergeblich nach überzeugenden Namen gesucht und sich gegen die Fortführung des Weizsäcker-Bereiches ausgesprochen. Das sei, so Lüst, heute nicht anders.⁹⁵ Der Präsident nutzte die Plattform, die ihm eine der einflussreichsten deutschen Tageszeitungen bot, um vor der Abstimmung seine Position zu stärken. Ein Votum für eine Wiederaufnahme des Verfahrens wäre dann nicht nur als ein Votum gegen die bisherigen Empfehlungen der MPG zu verstehen gewesen, sondern auch als

91 Hierzu und zum Folgenden Leendertz, Wende, S. 40–42.

92 Friedhelm Kobluhn, In Starnberg kein Dahrendorf, in: *Vorwärts*, 8. 11. 1979; auf der Linie der Mitarbeiterforderungen auch schon ders., Die Witwen werden verbrannt. Max-Planck-Institut in Starnberg. Ein Lehrstück von der (Un-)Möglichkeit kritischer Sozialforschung, in: *Vorwärts*, 19. 4. 1979. Auch wenn es an dieser Stelle nicht direkt belegt werden kann, dürfte die Zeitung mit dem Starnberger Betriebsrat in Verbindung gestanden haben.

93 Carl Friedrich von Weizsäcker, *Diagnosen zur Aktualität*, München 1979, darin ein im Juni 1979 verfasster Rückblick auf das Institut: ders., *Die Erforschung der Lebensbedingungen*, S. 49–94, hier S. 93.

94 BAArch, B 196/20329, Otto Kreye an Uwe Holtz, MdB, 13. 11. 1979, mit dem Auftrag, wer sonst noch alles zu informieren sei; die Herren Glotz, Koschnick und Markmann werde man selbst informieren.

95 Christian Schütze, Starnberger Konfliktforscher ergreifen einen Strohalm. Ein letzter Versuch zur Rettung der Arbeitsrichtung Weizäckers im Max-Planck-Institut, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23. 11. 1979.

ein ausdrückliches Votum gegen den Präsidenten. Der Senat diskutierte nochmals, doch gab es am Ende nur eine einzige Stimme dafür, das Verfahren wieder aufzunehmen.⁹⁶

Wiederholt finden sich im Protokoll der Senatssitzung vom März 1980 Verweise auf „die Öffentlichkeit“, „Eindrücke“, die dort entstanden seien, und solche, die die MPG vermeiden müsse. Erkennbar war die Ermüdung über die nicht endende Diskussion in den Medien. Eine Fortsetzung der öffentlichen Debatte könne die Verwirklichung des neuen Institutskonzepts (Habermas ohne Dahrendorf plus zwei weitere Direktoren) gefährden, Weizsäcker wünschte „eine Verminderung des öffentlichen Aufsehens“. Mit zwei Gegenstimmen bestätigte der Senat die Schließung seines Arbeitsbereiches zum 30. Juni 1980, dem Tag seiner Emeritierung.⁹⁷ Doch erneut zog ein Artikel einen weiteren Artikel und eine Aussage in die Medien eine weitere Aussage nach sich. *Der Spiegel* nahm Weizäckers bevorstehendes Ausscheiden zum Anlass, nochmals auf das Institut und die Arbeiten der Weizsäcker-Forscher über Kriegsverhütung und Ökonomie zurückzublicken. Als besonderes Ärgernis erschien dem Autor, dem Wissenschaftspublizisten Jost Herbig, dass MPG-Präsident Lüst die Starnberger Forschungen in einer Fernsehsendung mit „Mittelmaß“ in Verbindung gebracht habe.⁹⁸ Hierauf ging Lüst wenige Tage später in einem langen Interview mit dem Journalisten Haug von Kuenheim in der *Zeit* ein, das als Antwort auf einen Zeitungsartikel Georg Pichts konzipiert war. Der mit Weizsäcker eng befreundete Pädagoge und Philosoph hatte in der *Zeit*, kaum zufällig genau einen Tag vor der Senatsitzung, den Rückzug der MPG aus der Friedens- und Strategieforschung, der reflexiven Wissenschafts- und „Technikfolgenforschung“ sowie der Erforschung der globalen ökonomischen Zusammenhänge als Ausdruck der vorherrschenden forschungspolitischen Prioritäten hart kritisiert. Die MPG befand sich in Pichts Deutung nun ganz im Mainstream der gängigen wissenschaftlichen Praxis.⁹⁹

Im Interview der *Zeit* mit Reimar Lüst kamen erstmals öffentlich Fragen wissenschaftlicher Qualität zur Sprache, die bis dahin nur intern diskutiert worden waren.¹⁰⁰ Vor allem aber mündete dieses Interview über Motivationen und Gründe der Starnberg-Entscheidung in eine grundsätzlichere Aussprache über Funktionsweise, Überzeugungen und Prinzipien der MPG. Lüst war sichtlich darum bemüht zu erklären, wie „Wissenschaft“ nach den Regeln der

96 Leendertz, Wende, S. 42.

97 AMPG, Niederschriften des Senats, Niederschrift über die 95. Sitzung des Senats der MPG am 7. 3. 1980 in Düsseldorf, S. 20–25.

98 Jost Herbig, Mittelmaß aller Dinge, in: *Der Spiegel*, 5. 5. 1980, S. 216–218. Er bezog sich auf die Sendung „Bilder aus der Wissenschaft“, die im April 1980 in der ARD lief.

99 Georg Picht, Nachdenken nicht gefragt, in: *Die Zeit*, 6. 3. 1980.

100 Haug von Kienheim, Auf die Qualität kommt es an. Warum das Starnberger Institut nicht weitergeführt wird. Ein Gespräch mit Reimar Lüst, in: *Die Zeit*, 9. 5. 1980.

MPG funktionierte. Die Entscheidung, Weizsäckers Arbeiten nach dessen Ausscheiden nicht weiterzuführen, erschien ihm aus diesen Regeln, Traditionen und Selbstverständnissen, wie gleich zu zeigen sein wird, vollkommen logisch. Die Entscheidung lag damit außerhalb des Politischen und ergab sich allein aus innerwissenschaftlichen Motiven. Ungefähr von 1978 an bemühte sich die MPG intensiv darum, der Öffentlichkeit zu vermitteln, wie sie und ihre Wissenschaft funktionierten, wie sie Entscheidungen traf und welchen Prinzipien sie dabei folgte. Hierbei handelte es sich um ein neues Element der Öffentlichkeitsarbeit, das darauf abzielte, das Organisationshandeln nach außen hin transparent und nachvollziehbar zu machen. Zugleich aber ging es darum, sich nach innen der Autonomie der wissenschaftlichen Selbstverwaltung der MPG gegenüber externen Einflüssen zu versichern.

IV. Die Pressestelle, Organisationsroutinen und Autonomieerhalt

Laut Niklas Luhmann kann jede Verwaltung als soziales System beschrieben werden, dessen Handlungen aus Entscheidungen, genauer: aus Kommunikationen, bestehen – die Verwaltung erhält Informationen, verarbeitet sie und teilt das Ergebnis anderen Stellen mit.¹⁰¹ Eben diesen Verlauf gab die MPG in ihren Erklärungen an die Medien weiter: Eine Kommission war eingesetzt worden, um zu beraten, sie hatte eine Empfehlung ausgesprochen und an die Geisteswissenschaftliche Sektion weitergeleitet, diese hatte wiederum beraten und ihre Empfehlung ihrerseits an den Senat der MPG weitergegeben. Auf die Frage, wie die MPG festlege, ob ein Forscher mittelmäßig oder gut sei, antwortete Lüst in der *Zeit* mit den Verfahrensweisen der MPG, mit deren Hilfe sie gemäß dem Harnack-Prinzip herausragende Forscherpersönlichkeiten zu identifizieren suchte, die für die Leitung eines Max-Planck-Instituts geeignet erschien:

Bei der Emeritierung eines Direktors und bei der möglichen Neuberufung eines Nachfolgers wird zunächst einmal von einer Kommission, die sich nicht nur aus Mitgliedern der MPG zusammensetzt, geprüft, ob das Arbeitsgebiet überhaupt weiter gefördert werden soll oder ob es nicht besser an den Universitäten aufgehoben ist. Entscheiden wir uns für eine Fortführung des Arbeitsgebietes, so stellt sich zweitens die Frage: Gibt es einen geeigneten Wissenschaftler als Direktor? Hierzu holen wir zahlreiche Gutachten ein; besonders wichtig sind dabei Gutachten aus dem Ausland. Denn von außen hat man sicher ein unbefangeneres Urteil über den Stand der Wissenschaft in der Bundesrepublik und auch über die Leistungsfähigkeit eines einzelnen Wissenschaftlers. Nur wenn hinreichend genügend positive Gutachten vorliegen, berufen wir einen Direktor.¹⁰²

101 Niklas Luhmann, Lob der Routine, in: ders., Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung, Opladen 1971, S. 113 – 142, hier S. 117.

102 Von Kienheim, Gespräch mit Reimar Lüst.

Lüst schilderte damit das, was Luhmann als „Routineprogramm“ bezeichnen würde: Die Verwaltung verarbeitet bestimmte Informationen, die Entscheidungen unterliegen dabei einer bestimmten Programmierung, das heißt bestimmte Tatbestände lösen bestimmte Entscheidungen aus. Die Entscheidung – hier: Forschungsgebiete nicht weiterzuführen oder einen Nachfolger zu berufen – muss laut Luhmann ebenso wie die auslösende Information – positive oder negative Gutachten – bereits im Routineprogramm bezeichnet sein, andernfalls sei keine feste Korrelation zwischen Eingang und Ausgang herstellbar.¹⁰³ Als Routineprogramm wäre im Fall der Schließung des Arbeitsbereiches von Weizsäckers der ursprüngliche Auftrag an die Kommission zu begreifen, die prüfen sollte, welche Forschungen man nach Weizsäckers Ausscheiden weiterführen könne und ob ein Nachfolger für ihn zu finden sei. Als die mögliche Kandidatur Ralf Dahrendorfs zu einem frühen Zeitpunkt der internen Beratungen publik wurde, drohte die MPG die Kontrolle über ihr Verfahren zu verlieren. Verwaltungen versuchen stets, die Kontrolle über ihr System zu erhalten und störende Umwelteinwirkungen abzufangen oder zu neutralisieren, schreibt Luhmann. Die Kontrolle solle nicht denen überlassen werden, die das System informieren, gezielte Einflussversuche sollen abgewehrt werden und die Entscheidung von Angaben der Umwelt unabhängig gemacht werden.¹⁰⁴ Hier lag die besondere Herausforderung der MPG durch die mediale Berichterstattung zwischen 1978 und 1980. Ihr Entscheidungssystem war verschiedenen Formen externer Einflussnahme ausgesetzt, gegenüber denen es Autonomie zu bewahren versuchte.

Der in den öffentlichen Statements zu Starnberg seit 1978 immer wieder hervorsteckende Verweis auf Verfahrensregeln und bürokratische Abläufe¹⁰⁵ ist vor diesem Hintergrund sowohl als ein Akt des Autonomieerhalts – gegenüber externer Einflussnahme – und der Herstellung von Transparenz – gegenüber der medialen Öffentlichkeit – als auch als ein Akt der Selbstvergewisserung darüber zu verstehen, dass die Entscheidungsroutinen der MPG auch unter den Bedingungen externen Drucks funktionierten und im Fall des Starnberger Instituts dieselben Maßstäbe und Prinzipien zur Geltung kamen wie bei allen anderen Instituten, Abteilungen und Berufungen.¹⁰⁶ Die Regel-

103 Luhmann, Lob der Routine, S. 124.

104 Ebd., S. 126.

105 So zum Beispiel auch in den Festreden von Reimar Lüst anlässlich der jährlichen Hauptversammlung der MPG: Ansprache des Präsidenten Professor Reimar Lüst in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 11. Mai 1979 in Mainz, in: Max-Planck-Gesellschaft, Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft 1979, München 1979, S. 7–16, sowie Ansprache des Präsidenten Professor Reimar Lüst in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 6. Juni 1980 in Hannover, in: Max-Planck-Gesellschaft, Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft 1980, München 1980, S. 7–17.

106 Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die MPG überhaupt erst drei ihrer Institute geschlossen: 1957 das MPI für Bastfaserforschung in Köln-Vogelsang, 1972 das MPI für Zellphysio-

haftigkeit der Verfahren, der Gang durch die Kommissionen und Gremien, der Rhythmus und die Routine von Sitzungen, Abstimmungen und Entscheidungen bildeten ein konstitutives Element der Organisation der Wissensproduktion und Qualitätssicherung in der Max-Planck-Gesellschaft. Zugleich speiste sich ihr Verständnis von wissenschaftlicher Autonomie wesentlich aus ihrer Hoheit über den Ablauf der Entscheidungsprozesse. Bund und Länder waren mit ihren politischen Vertretern im Senat bereits in diese Abläufe eingemeindet; den Umgang mit politischen Entscheidungsträgern, das Antichambrieren bei den wissenschaftspolitischen Weichenstellern beherrschte die MPG schon seit Jahrzehnten hervorragend.¹⁰⁷ Den Umgang mit neuen „externen“ Akteuren wie den Medien allerdings, die nicht nach den bisher bekannten Regeln funktionierten und bislang nicht in die Routinen integriert waren, sondern gewissermaßen von außen hereinbrachen, musste die MPG erst erlernen. Dieser Lernprozess begann in den 1970er Jahren. Interne Sprachregelungen bei Medienanfragen, die interne Abstimmung darüber, wer wann wo mit welcher Information in die Medien tritt, Pressemitteilungen und ihre sorgsam formulierten Inhalte, Pressekonferenzen – alles das, was heute zur Selbstverständlichkeit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wissenschaftlicher Einrichtungen gehört – waren in den 1970er Jahren noch weitgehend neu und wurden erst allmählich in die Organisationsroutinen integriert.

V. Lernerfolg im Niedergang: Der Rücktritt von Jürgen Habermas

Wie das Starnberger Beispiel zeigt, war der Lernprozess der MPG mit erheblichen Anstrengungen und Rückschlägen verbunden, zum unerfreulichen Ende des Instituts jedoch wenigstens von bescheidenem Erfolg gekrönt. Bereits im Sommer 1980 bot wieder eine prominente Personalie Anlass zu erhöhter Aufmerksamkeit in den Medien, die angesichts der Vorgeschichte sensibilisiert waren und wussten, dass sich mit Geschichten über politische Verschwörungen in der deutschen Wissenschaft im wahrsten Sinne des Wortes Presse machen ließ. Ende Juli wurde durch eine Meldung der *Süddeutschen Zeitung* bekannt, dass Jürgen Habermas einen Ruf der Universität Berkeley erhalten habe und, hier lag der entscheidende Konnex, dass er bislang

logie in Berlin-Dahlem und 1976 das MPI für Landarbeit und Landtechnik in Bad Kreuznach. Keines davon war in Medien und Öffentlichkeit auch nur annähernd so bekannt wie das Starnberger Institut; in den Akten findet sich kein Hinweis auf eine ähnlich erregte Debatte.

107 Detailliert für die NS-Zeit: Rüdiger Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2 Bde., Göttingen 2007.

vergeblich auf eine Honorarprofessur an der Universität München warte.¹⁰⁸ Erst eine Stellungnahme des Präsidenten der Universität Nikolaus Lobkowicz verhalf der Angelegenheit zu größerer Publizität.¹⁰⁹ Zahlreiche Blätter recherchierten daraufhin die genaueren Umstände und kamen ähnlich wie im Fall der ersten Ablehnung von 1973 zu der Bewertung, dass es sich um einen politisch motivierten Vorgang handelte. Der Fachbereich Sozialwissenschaft hatte sich für eine Honorarprofessur ausgesprochen, Lobkowicz hatte informell die Meinung des Senats der Universität eingeholt, der über einen Antrag des Fachbereichs hätte abstimmen müssen; die letzte Instanz wäre dann mit dem bayerischen Kultusminister kein geringerer als Hans Maier (CSU) gewesen. Da der Senat Negatives signalisierte, hatte der Fachbereich auf einen Antrag gleich verzichtet. Wie schon 1973 lag die Verantwortung aus der Sicht der Presse bei der Universität, während Habermas wiederum als Opfer einer „Provinzposse“, von „Ranküne“, „Rache“ und „Neid“ galt – das war dann sogar dem Boulevardblatt *Hamburger Morgenpost* eine Schlagzeile wert.¹¹⁰ Hervorzuheben ist, dass sich die MPG öffentlich hinter Habermas stellte. „So etwas haben wir noch nicht erlebt“, zitierte die Münchner *Abendzeitung* den Pressesprecher Robert Gerwin, der Folgen für das neue Institutskonzept befürchtete. Es bestehe die Gefahr, „dass auch die beiden Heidelberger Wissenschaftler Weinert und Schluchter von München nichts mehr wissen wollen“.¹¹¹ Eigentlich hatte das Institut nach München verlegt werden sollen – Räume in der Leopoldstraße waren schon angemietet –, Habermas hatte sich mit der Honorarprofessur eine engere Anbindung an die Universität erhofft, und statt Dahrendorf sollten der Soziologe Wolfgang Schluchter und der

108 Robert Leicht, Bestrafung für Habermas?, in: *Süddeutsche Zeitung*, 29.7.1980.

109 Jürgen Habermas – und die Aufgaben der Münchner Universität, in: *Süddeutsche Zeitung*, 29.7.1980.

110 Mieses Spiel um Professor Jürgen Habermas, in: *Hamburger Morgenpost*, 11.8.1980; außerdem: Wolfram Schütte, Ranküne. Keine Honorarprofessur für Habermas, in: *Frankfurter Rundschau*, 31.7.1980; Hans Schwab-Felisch, Die Vertreibung eines Gelehrten? Streit um Habermas' Honorarprofessur, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.7.1980; Wulf Petzoldt, Späte Rache an einem Linken? Münchner Uni will Habermas nicht als Professor, in: *Abendzeitung München*, 1.8.1980; Fritz J. Raddatz, Emigriert Jürgen Habermas? Mittelmaß und Mißtrauen an Münchens Universität, in: *Die Zeit*, 1.8.1980; o. A., Solidarität mit Habermas. Zwölf Professoren und Dozenten unterzeichnen eine Erklärung, in: *Süddeutsche Zeitung*, 2./3.8.1980; o. A., Neid der Münchner Kollegen behindert Habermas-Berufung. Max-Planck-Direktor wird nicht Honorarprofessor, in: *Westfälische Rundschau*, 6.8.1980; Roman Arens, Akademische Statisten in einer Provinzposse. Die Münchner Universität verweigert Jürgen Habermas eine Honorarprofessur, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 10.8.1980; o. A., „Doch net den“. Scheitert im Fall Habermas erneut eine Berufung an Bayerns Kultusminister?, in: *Der Spiegel*, 1.9.1980, S. 65–69.

111 Petzoldt, Späte Rache.

Psychologe Franz Weinert berufen werden. Die ablehnende Haltung der Universität konnte sich nach Einschätzung der MPG negativ auf die Entscheidung der beiden auswirken, nach München zu wechseln.

Zwar lehnte Habermas den Ruf nach Berkeley ab, zugleich jedoch entschied sich Schluchter, in Heidelberg zu bleiben, sodass sich der geplante Neustart nur bedingt verwirklichen ließ. Die Anbindung an die Universität fehlte, die jahrelangen Debatten über die Zukunft des Instituts hatten bei allen Beteiligten an den Nerven gezehrt. Schließlich drohten sich institutsinterne Schwierigkeiten mit vier Mitarbeitern Weizsäckers zu einer öffentlichen Auseinandersetzung auszuwachsen. Nach langem Zögern hatte Habermas diesen Mitarbeitern gekündigt, darunter dem Vorsitzenden des Betriebsrats, der die Medien gegen die Schließung des Arbeitsbereiches von Weizsäckers zu mobilisieren versucht hatte. Drei der Mitarbeiter gehörten der „Ökonomiegruppe“ an – Dahrendorf hatte es abgelehnt, diese Gruppe zu übernehmen, und die Findungskommission hatte deren Arbeiten schon 1978 nicht sehr gut bewertet und sich von der „personelle[n] Substanz“ der Gruppe nicht überzeugt gezeigt.¹¹² Habermas sah sich nicht in der Lage, mit den betroffenen Mitarbeitern weiter zusammenzuarbeiten und in der Öffentlichkeit die Verantwortung für ihre Aktivitäten zugeschrieben zu bekommen. Als die gekündigten Wissenschaftler daraufhin vor das Arbeitsgericht zogen, fürchtete er, in eine mediale Schlammschlacht hineingezogen zu werden, und entschied sich im April 1981 zurückzutreten.¹¹³ Die Medien erfuhren hiervon durch eine Pressemitteilung der MPG.¹¹⁴ Anders als im Fall Dahrendorfs war die MPG nicht gezwungen zu reagieren, sondern bestimmte selbst Inhalt und Klang der Nachricht: Nicht Spekulationen, Gerüchte oder Aussagen Dritter wurden zuerst bekannt, sondern die Begründung von Habermas, der sich mit dem Pressereferat abstimmte. Der MPG gelang es damit, die erste Phase der Berichterstattung zu prägen. In etwa zweihundert Zeitungen, notierte das Pressereferat, sei die am 13. April verbreitete Presseinformation in den folgenden drei Wochen abgedruckt worden.¹¹⁵ Parallel stand Edmund Marsch als Ansprechpartner für die Medien bereit. Auch Habermas wurde mit einigen kurzen Statements zitiert,¹¹⁶ und *Die Zeit* veröffentlichte abschließend einen langen Artikel von ihm.¹¹⁷

112 AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, GWS, Kommission MPIL 6, Ergebnisprotokoll der Sitzung der Kommission „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ am 3./4. 4. 1978, S. 3 f.

113 Ausführlicher Leendertz, Wende, S. 44–47.

114 AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, GWS, Kommission MPIL 8, MPG-Presseinformation 8/81: Jürgen Habermas tritt zurück, 13. 4. 1981.

115 Ebd., Auszüge aus dem Presse-Echo auf den Rücktritt von Professor Habermas, Pressereferat der MPG, o. D.

116 Siehe etwa Hans Heigert, Jürgen Habermas tritt zurück, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14. 4. 1981; Joachim Worthmann, Jürgen Habermas, in: *Stuttgarter Zeitung*, 18. 4. 1981;

Mit dem Rücktritt von Jürgen Habermas war das Ende des Instituts so gut wie besiegelt. Nahezu alle Beteiligten in der MPG, der Präsident wie die Geisteswissenschaftliche Sektion, sprachen sich für einen kompletten Neuanfang aus, der nur noch durch eine Schließung und formelle Neugründung möglich war. Auch der soeben berufene Psychologe Franz Weinert, der eigentlich zusammen mit Habermas hatte forschen wollen, sprach sich für eine Schließung aus. Erstens sah er das Institut „in seiner inneren Mentalität zutiefst beschädigt“. Zweitens sei es „durch die Berichte in der Presse auch in seinem Ruf derart beeinträchtigt, dass es kaum mehr möglich sein werde, qualifizierte Wissenschaftler für dieses Institut zu gewinnen, es sei praktisch schon destruiert.“¹¹⁸ Das Institut hatte nach Weinerts Einschätzung ein derart negatives Image, dass es nur noch wenigen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen reizvoll erscheinen könnte, dort zu arbeiten. Kurz darauf schloss die MPG das Institut, gründete für Weinert das Max-Planck-Institut für psychologische Forschung und begann mit der Konzeption eines neuen sozialwissenschaftlichen Instituts. Die Überlegungen hierfür waren davon getrieben, die Fehler von Starnberg zu vermeiden und im zweiten Anlauf alles besser zu machen als zuvor.¹¹⁹ Hierzu gehörte auch, dass in den drei Jahren, über die sich die Beratungen zogen, nicht ein einziges Wort an die Presse drang und die MPG somit jenen Einfluss von außen ausschloss, der ihre Entscheidungen vor allem zwischen 1978 und 1980 erschwert und die Schließung des Starnberger Instituts letzten Endes mit befördert hatte.

VI. Zusammenfassung und Ausblick

Schon in der Frühphase des Starnberger Instituts etablierte sich in den Medien ein Narrativ, nach dem das Schicksal des Instituts von genuin politischen – nicht von wissenschaftspolitischen oder wissenschaftlichen – Entscheidungen abhing. Ebenfalls schrieben die Medien das Bild eines kleinen, progressiven und politisch links stehenden Instituts fest, dass es in Gestalt des konservativen MPG-Establishments und der Industrielobby mit einem mächtigen Gegner aufzunehmen hatte, dem das Institut ein Dorn im Auge war und der die Gründung am liebsten verhindert hätte. Dieses Image blieb in den Medien dauerhaft etabliert und beeinflusste von 1978 an die Debatten über die Zukunft des Instituts. Die Entscheidung der MPG, die Arbeiten Carl Friedrich von

Roman Arens, Direktor des Max-Planck-Instituts trat überraschend zurück, in: Frankfurter Rundschau, 14. 4. 1981.

117 Jürgen Habermas, Das Starnberger Debakel. Warum ich die Max-Planck-Gesellschaft verlasse, in: Die Zeit, 8. 5. 1981.

118 AMPG, II. Abt., Rep. 1 A, GWS, Protokolle, Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion am 21. 5. 1981, S. 12.

119 Ausführlich dazu Leendertz, Wende, S. 87 – 117.

Weizsäcker nach dessen Emeritierung nicht weiterzuführen, wurde von den betroffenen Mitarbeitern und einer Reihe von Journalisten als politische Entscheidung gedeutet, mit der sich die mächtigen Gegner des Instituts am Ende durchgesetzt hatten. Die politische Polarisierung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, die von vielen Beteiligten mit stechender Militanz bis hin zur offenen Diffamierung verschärft wurde, spiegelte sich in nahezu allen medialen Diskussionen wider, die sich im Zusammenhang mit dem Institut entfalteten.

Nachdem die mögliche Berufung Ralf Dahrendorfs im Sommer 1978 früh an die Presse gedungen war, stand der gesamte Entscheidungsprozess der MPG unter öffentlich-medialer Beobachtung. Die Medienberichte betrafen nicht mehr allein das Institut, sondern die MPG als Ganzes, und mit der 1971 gegründeten Pressestelle war von nun an ein neuer Akteur beteiligt. Hier lässt sich die institutionelle Dimension der Medialisierung auf besonders anschauliche Weise fassen, denn Strukturen und Abläufe waren noch keineswegs festgelegt, sondern entwickelten sich im Fortgang des Entscheidungsprozesses erst allmählich. Die Reaktionen der MPG auf die immer neuen Berichte und Anfragen offenbarten das Ringen des Pressesprechers, die Pressestelle als Anlaufstelle für die Medien sowie einheitliche Sprachregelungen für all diejenigen zu etablieren, die sich im Namen der MPG über den Fortgang der Starnberg-Beratungen äußerten. Die Presseanfragen an die MPG nahmen zu, und in ihren Gremien wuchs die Sensibilität gegenüber möglichen medialen Effekten bestimmter Formulierungen und den Reaktionen der medialen Öffentlichkeit auf ihre Entscheidungen. Im Institut sorgten die Medienanfragen für Friktionen zwischen Jürgen Habermas und einer Reihe von Mitarbeitern, die sich mit einem öffentlichen Votum für die Fortsetzung der Weizsäcker'schen Arbeiten seit Beginn des Jahres 1979 zugleich gegen die Pläne von Habermas stellten, das Institut neu auszurichten. Die MPG reagierte auf den wachsenden Druck mit Zurückhaltung, beließ es bei recht spärlichen Informationen und musste von ihrem Pressesprecher zu öffentlichen Stellungnahmen gedrängt werden. Gegenüber den externen Einflüssen versuchte sie, ihre Autonomie zu wahren und ihren Entscheidungsprozess soweit es ging abzuschirmen. In ihren öffentlichen Äußerungen betonte sie seit Ende 1978 wohl auch deshalb ganz besonders die Abläufe ihres Entscheidungsverfahrens. Zugleich suchte die MPG jetzt Forschung und Wissenschaft als Prozess verständlich zu machen. Der Präsident erläuterte, wie die Wissenschaftsorganisation funktionierte, welchen Prinzipien sie bei ihren wissenschaftlichen Entscheidungen folgte und wie die MPG bei Schließungen und Emeritierungen verfuhr. Das zielte offenkundig darauf ab, das Organisationshandeln nach außen hin transparent und die Entscheidungen im Starnberger Fall nachvollziehbar zu machen. Die Betonung der Regelmäßigkeit ihres Entscheidungsprozesses lässt sich als eine nach außen wie innen gleichermaßen gerichtete Strategie des Autonomieerhalts deuten, um sich in der Selbstvergewisserung auf die eigenen Routinen und Mechanismen der Qualitätssicherung vor den

verschiedenen Versuchen der Einflussnahme zu schützen. Mit den Medien hatte ein neuer wissenschaftspolitischer Akteur die Bühne betreten, den die MPG von nun an in ihre Routinen, Prozesse und Strukturen integrieren musste. War es der Pressestelle bis dahin kaum gelungen, die mediale Berichterstattung zu beeinflussen, geschweige denn zu kontrollieren, da sie sich zumeist beschränkt hatte, auf Anfragen und Berichte zu reagieren, konnte sie 1981 einen bescheidenen Erfolg verzeichnen. Es war die Pressestelle, die den Rücktritt von Jürgen Habermas publik machte, und es war ihre gemeinsam mit Habermas formulierte Erklärung, die die erste Phase der medialen Berichterstattung prägte.

Blicken wir weiter auf die MPG, lassen sich vorläufig folgende Thesen formulieren: Ungefähr seit dem Beginn der 1980er Jahre versuchte die MPG offenbar, den Prozess der Medialisierung zu kontrollieren und sich selbst zum Subjekt ihrer Außendarstellung zu machen. Sie versuchte, ihr Bild in der Presse und die medialen Deutungsmuster selbst zu prägen. Dies führte erstens zur Etablierung einer professionellen Public Relations- und Öffentlichkeitsarbeit der Generalverwaltung sowie zur Einrichtung von Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit auch in den einzelnen Instituten seit den 1990er Jahren. In einer breiteren Perspektive auf das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft bezogen, begann mit dem Ausbau der Pressearbeit zweitens eine bewusste mediale Modellierung des Bildes der MPG und ihrer Wissenschaft.¹²⁰

Diese Modellierung basierte sowohl auf der Antizipation öffentlicher und politischer Erwartungen als auch auf einem steigenden Legitimationsbedarf gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Deutlich wurde nun immer mehr die – maßgeblich medial vermittelte – Bedeutung der Grundlagenforschung für die Gesellschaft herausgestellt, etwa durch die Betonung von „Nutzen“, Anwendungsorientierung oder Patientennähe, wie bereits ein im Fernsehen gesendeter Film der MPG von 1984 zeigt.¹²¹ Dass die Max-Planck-Gesellschaft zu den Vorreitern der Wissenschafts-PR in der Bundesrepublik zählte und eine Reihe der von der neueren Wissenschaftssoziologie identifizierten Entwicklungen mit angestoßen hat, steht zu vermuten, ist aber, ebenso wie die Geschichte der Wissenschaftskommunikation vom 20. ins 21. Jahrhundert, noch genauer zu untersuchen.

Wie die Wissenschaftssoziologie bereits Mitte der 1990er Jahre hervorgehoben hat, veränderte sich die Beziehung wissenschaftlicher Einrichtungen zu den Medien seit den 1970er Jahren tiefgreifend. Ulrike Felt, Helga Nowotny und Klaus Taschwer beispielsweise machten 1995 vor allem eine zunehmende Konkurrenz um stagnierende Fördermittel dafür verantwortlich, dass Wis-

120 Für einige Kennzeichen der medialen Konstruktion von Wissenschaft im 21. Jahrhundert Peters, *Scientific Sources*, bes. S. 229 – 231.

121 *Forschen auf Teufel komm' raus*. Die Max-Planck-Gesellschaft, ARD, 15.6.1985 [produziert 1984 im Auftrag der MPG vom Saarländischen Rundfunk].

senschaftler mehr als zuvor via Vorveröffentlichungen oder Pressekonferenzen Kontakt mit den Medien suchten.¹²² Wie insbesondere Peter Weingart, Hans Peter Peters und Simone Rödder herausstellen, ist massenmediale Sichtbarkeit seit den 1990er Jahren zu einer unverzichtbaren Grundlage für die gesellschaftliche Legitimation der Wissenschaft geworden.¹²³ Hohe Medienpräsenz, ein positives Image und die Sichtbarkeit wissenschaftlicher Erfolge gelten zu Beginn des 21. Jahrhunderts gegenüber der Politik außerdem als wichtiger Leistungsnachweis der eigenen Organisation und als Pfund im Wettbewerb um Fördermittel und ausländische Spitzenforscher.¹²⁴ Orientiert an der Unternehmens-PR und an US-amerikanischen Universitäten, richteten deutsche Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen ihre öffentliche Kommunikation zunehmend strategisch aus und intensivierten seit den späten 1990er Jahren das Wissenschaftsmarketing und das „Wissenschaftsbranding“. Die Massenmedien werden laut den zitierten Wissenschaftssoziologen seitdem genutzt, um die Politik als Hauptförderer der Forschung anzusprechen, den Bekanntheitsgrad von Organisationen und Forschungsfeldern zu erhöhen und die „Relevanz“ derselben für die Gesellschaft zu verdeutlichen. Historisch sowie international vergleichend ist diese Entwicklung allerdings bislang kaum erforscht.

Dr. Ariane Leendertz, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung,
Paulstraße 3, 50676 Köln
E-Mail: leendertz@mpifg.de

122 Felt u. a., *Wissenschaftsforschung*, S. 259 f.

123 Weingart, *Stunde der Wahrheit*; ders., *Die Wissenschaft der Öffentlichkeit. Essays zum Verhältnis von Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit*, Weilerswist 2005; Peters u. a., *Medialisierung*; Peters, *Scientific Sources*; Simone Rödder, *Wahrhaft sichtbar. Humangenomforscher in der Öffentlichkeit*, Baden-Baden 2009; siehe auch Mike S. Schäfer, *Wissenschaft in den Medien. Die Medialisierung naturwissenschaftlicher Themen*, Wiesbaden 2007.

124 Andres Friedrichsmeier u. a., *Organisation und Öffentlichkeit von Hochschulen. Forschungsreport 1/2013 des Arbeitsbereichs Kommunikation, Medien, Gesellschaft*, Institut für Kommunikationswissenschaft, Universität Münster, www.uni-muenster.de/imperia/md/content/kowi/forschen/ergebnisreport_organisation_oeffentlichkeit_hochschulen.pdf.